

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Bezugspreis Mr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu bezahlen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Käfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Reklamation und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Insetrate für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 60 Pf.  
Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pf.  
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

## Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nach den mit dem Arbeitgeberschuhverband für das  
deutsche Holzgewerbe in den nachstehend genannten Orten  
abschlossenen Tarifverträgen treten daselbst

am 12. Februar 1910

folgenden Aenderungen in den Lohn- und Arbeits-  
bedingungen ein, auf welche wir unsere beteiligten Mit-  
glieder hiermit verweisen.

Der Centralvorstand des Arbeitgeberschuhverbandes  
zufolge stattgefunder Verständigung eine gleich-  
zeitige Bekanntmachung an die beteiligten Arbeitgeber

Bremen: Am Stelle der 54stündigen tritt die  
53stündige Arbeitszeit pro Woche mit Lohnausgleich.  
Der Durchschnittslohn erhöht sich um 1 Pf. pro  
Stunde.

Delmold und Lage: Die Arbeitszeit wird von bisher  
60 Stunden auf 55 Stunden pro Woche verkürzt  
mit Lohnausgleich.

Eisenach: Die Arbeitszeit wird von 58 auf 57 Wochen-  
stunden herabgesetzt. Der dadurch entstandene  
Lohnausfall wird vom Arbeitgeber gedeckt und er-  
folgt außerdem ein Aufschlag von 1 Pf. pro Stunde.  
Der Mindestlohn beträgt sodann für Arbeiter im  
zweiten Gesellenjahr statt bisher 87 Pf. jetzt 88 Pf.,  
für alle übrigen statt bisher 48 Pf. jetzt 49 Pf.

Elversfeld: Auf sämtliche Löhne erfolgt ein Aufschlag  
von 1 Pf. pro Stunde. Diese Lohnerhöhung findet  
bei Akkordarbeit stimmigem Anwendung.

Elbing: Für alle Arbeiter erfolgt eine Lohnerhöhung  
um 2 Pf. pro Stunde. Die Akkordfahne erhöhen  
sich entsprechend der Erhöhung der Stundenlöhne.  
Der Mindestlohn steigt von 88 auf 89 Pf.

Först: Der Stundenlohn erhöht sich um 1 Pf., der  
Durchschnittslohn dementsprechend von 87 auf  
88 Pf.

Gelsenkirchen: Die Arbeitszeit wird von bisher 56 Stunden  
auf 55 Stunden pro Woche herabgesetzt. Der ent-  
stehende Lohnausfall wird von den Arbeitgebern  
getragen.

Kosen: Für die Bautischler tritt an Stelle der  
54stündigen die 53stündige Arbeitszeit in Kraft.  
Der Ausfall am Wochenverdienst wird vom Arbeit-  
geber getragen. Der Mindestlohn steigt von 86 Pf.  
auf 87 Pf. die Stunde.

Stuttgart: Die Arbeitszeit wird von bisher 54 Wochen-  
stunden auf 53 Stunden verkürzt.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

## Auf der Wacht.

Der Beschluss der Städtevertreter des Arbeitgeber-  
verbandes vom 24. Januar, eine Verhandlungssession  
inession einzusezen, bedeutet den letzten Versuch  
der Verhütung einer Aussperrung. Das ist der  
Inhalt der Bekanntmachung, welche der Vorstand des Ar-  
beitgeberschuhverbandes an der Spalte der Nr. 5 der "Fach-  
zeitung" veröffentlicht hat. Der drohende Ton dieser  
hat unseren Verbandsvorstand nicht verhindert, diese  
Kommision abzulehnen. Die Gründe für diesen Be-  
schluss haben wir in der vorigen Nummer ausführlich dar-  
gestellt, und unsere Erwartung, daß die Kollegenschaft den  
Beschluss des Verbandsvorstandes billigt, hat sich durchaus  
bestätigt.

Angewidert ist der Ablaufstermin in der Verträge  
heruntergerückt, und der Zeitpunkt wäre da, wo der Arbeit-  
geberschuhverband seinen Aussperrungsbeschluß in die Tat  
umsetzen könnte. Bis jetzt ist das nicht geschehen, und  
wenn man will, kann man das als einen erneuten Beweis  
für die Friedensliebe der Unternehmer ansehen. Geden-  
kenswollen wir nicht versiehen, die "Fachzeitung" auf  
dieses gravierende Moment hinzuweisen. Sie ist gegen-  
wärtig so eifrig bemüht, die Unschuld der Unternehmer  
und der Verschärfung der Situation in der Holzindustrie  
zu beweisen, daß sie jedes Argument, das sich für diesen  
Beschluß verbinden läßt, mit Dank akzeptieren dürfte. Auf  
grund unserer Kenntnis der Dinge wissen wir uns freilich  
die Zurückhaltung des Arbeitgeberschuhverbandes anders  
auszuteilen. Diese Zurückhaltung erscheint uns letzes-  
wegs auffällig. Es liegt aber augenfällig kein Be-  
schluß vor, auf diese Dinge näher einzugehen. —  
Durchaus verfehlt wäre es aber, wollte man aus dem  
Umstand, daß der Ablaufstermin der Verträge verstrichen  
ist, ohne daß die Unternehmer mit der Aussperrung be-

gonnen haben, schließen, daß nunmehr die Gefahr des  
Ausbruches eines Kampfes überwunden wäre. Im Gegent-  
teil! Die abgelaufenen Verträge sind zwar stillschweigend  
verlängert, aber auf unbestimmte Zeit. Das heißt, die  
Dinge liegen nun so, daß der Kampf jeden Tag  
eröffnet werden kann. Wir dürfen also noch  
nicht abschließen, sondern müssen uns im Gegentitel noch  
intensiver als seither schon, auf den Kampf vor-  
bereiten.

Gegen Ende der letzten Woche sind die Vertreter der  
Centralvorstände zu neuen Beratungen zusammengetreten.  
Bei diesen Verhandlungen handelt es sich darum, einen  
Weg zu finden, der die Möglichkeit gewährt, aus der  
gegenwärtigen, recht vorvoren Situation herauszu-  
kommen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird  
es abhängen, ob die Vertreter der einzelnen Städte später  
nach Berlin berufen werden, um sich hier unter Aussicht  
der beiderseitigen Verbandsvorstände über den materiellen  
Inhalt des abzuschließenden Vertrages zu verständigen.  
Über so weit sind wir vorläufig noch lange nicht. Die  
Besprechungen zwischen den Vertretern der Verbands-  
vorstände haben erst eben begonnen, und ihr Ergebnis läßt  
sich nicht voraussehen. Auch darf nicht verkannt werden,  
daß der Weg zum Ziele noch mit Untiefen und Klippen  
übersät ist, an welchen das Vertragsschifflein ganz un-  
bermüdet stranden kann. In manchen Orten bestehen Diffe-  
renzpunkte, die vorläufig ganz unüberbrückbar erscheinen.  
Aber selbst für den Fall, daß man auch über die schwie-  
rigsten Fälle hinweggekommen ist, bleibt die Gefahr, daß  
das Schiff noch im Hafen zerstellt. Der Arbeitgeber-  
schuhverband hat sich vorbehalten, daß die Gesamtheit  
seiner Verbandsvorstände am Schlusse die  
endgültige Entscheidung trifft. Die Möglichkeit muß sehr  
ernsthaft in Betracht gezogen werden, daß diese Ent-  
scheidung im abhängenden Sinne erfolgt, wenn bei  
den Einzelverhandlungen für unsere Kollegen nennens-  
werte Zugeständnisse erzielt sind.

Alle diese Möglichkeiten muß man sich vor Augen  
halten, wenn man den gegenwärtigen Stand der Tarif-  
bewegung richtig würdigen will. So sehr wir wünschen,  
daß sie zu einem geüblichen Resultat führen, so müssen  
wir unsere Kollegen doch auf das angelegentlichste vor  
jedem Übertriebenen Optimismus warnen. Die Lage  
ist nach wie vor äußerst kritisch, und wir müssen  
unser Verhalten so einrichten, daß wir in keinem Augen-  
blick von den Ereignissen überrascht werden.

Nicht merkwürdige Sorgen verrät im gegenwärtigen  
Augenblick die "Fachzeitung". Ihr ist es äußerst un-  
angenehm, daß an verschiedenen Stellen auf die Tatsache  
verwiesen wird, daß der Arbeitgeberschuhverband alle  
Verträge gekündigt und damit verschuldet hat, daß das  
Kampffeld den gegenwärtigen Umfang erhielt. Mit der  
so angelegentlich verkündeten Friedensliebe der Unter-  
nehmer ist ja auch diese Tatsache schwer vereinbar. Wir  
haben übrigens auf dieses Moment von vornherein wenig  
Wert gelegt, und der Vorwurf der "Fachzeitung" richtet  
sich auch zunächst gegen andere Stellen. Aber die "Holz-  
arbeiter-Zeitung" hat die dem Organ des Arbeitgeber-  
schuhverbandes so unangenehme Feststellung ebenfalls,  
wenn auch nur beiläufig, gemacht, deshalb trifft auch uns  
der volle Zorn der "Fachzeitung". Einen vernünftigen  
Sinn können wir in dem ganzen Artikel, der nachweisen  
soll, daß auch der Holzarbeiterverband in einer Reihe von  
Städten den Vertrag gekündigt hat, nicht entdecken. Die  
"Fachzeitung" nennt damit nur offene Lücken ein. Es  
liegt uns so fern, die Tatsache zu bestreiten, daß auch  
unsererseits eine Reihe von Vertragskündigungen erfolgt  
sind, daß wir sogar in unserer Nr. 47 vom 20. November  
1909 die Städte, in welchen der Vertrag von uns unseren  
Kollegen gekündigt wurde, namentlich aufgeführt  
haben. Mehr Loyalität kann man doch eigentlich nicht von  
uns erwarten. Überdies wäre es auch ein ganz zwed-  
loses Beginnen, eine so offenkundige Tatsache bestreiten  
zu wollen.

Auf der anderen Seite ist es aber ebenso offenkundig,  
daß der Arbeitgeberschuhverband alle bis  
zum 1. April laufenden Verträge gekündigt  
hat. Er wollte damit eine Pression auf uns ausüben.  
Man rechnete damit, daß wir uns aus Furcht vor der  
großen Aussperrung den Unternehmern wünschen ohne  
weiteres unterwerfen würden. Jetzt sind die Herren ent-  
täuscht, weil wir uns durch ihren Popanz nicht schrecken  
lassen. Über diese Dinge liegen doch so klar, daß man  
sich eine Diskussion darüber wirklich sparen kann.

Ebenso lächerlich ist es, daß die "Fachzeitung" nun  
schon zum wiederholten Male erwähnt, daß die Mitglieder

des Berliner Gesellenausschusses die Frage  
des Obermeisters, ob die Gesellen den Vertrag auch im  
nächsten Jahre ungünstig lassen würden, gänzlich un-  
beantwortet gelassen haben. Die Frage der Vertrags-  
kündigung gehört nicht zur Kompetenz des Gesellen-  
ausschusses, und das Schweigen der Kollegen dürfte wohl  
dem Obermeister zum Bewußtsein gebracht haben, daß  
seine Frage belastet war. Ganz abgesehen davon, daß  
es nicht üblich ist, zur Frage der Kündigung schon fünf-  
vierteljahr vor Ablauf des Vertrages Stellung zu nehmen.

Der "Fachzeitung" ist es ein Herzogenbedürfnis, gegen  
den "Vorwärts" zu polemisieren. Sie hat das wäh-  
rend der gegenwärtigen Bewegung schon wiederholt ge-  
tan, ohne daß wir es für nötig befunden haben, in diese  
Polemik einzutreten. Jetzt drückt sie wieder einen Ar-  
tikel über unsere Tarifbewegung aus der Nr. 28 des  
"Vorwärts" vom Donnerstag, den 8. Februar, ab. Diesen  
Artikel, den sie eine unzweideutige Scharfmacherei nennt, bringt sie mit uns in Zusammenhang und fordert, daß  
wir in ganz offizieller Weise von dieser Auslassung ab-  
rücken sollen. An einer anderen Stelle wird ein Zu-  
sammenhang zwischen diesem bösen "Vorwärts"-Artikel und unserem Beitrag in Nr. 6 in der Weise konstruiert,  
daß die "Fachzeitung" sagt: "Die Mollen waren also  
richtig verteilt: Erst die Scharfmacherei im "Vorwärts",  
sich nicht durch Akzeptierung der Verhandlungskommission  
an der Ehre kränken zu lassen. Und dann allso gleich  
hinterher der große Triumph in der "Holzarbeiterzeitung",  
die Ablehnung des Vorschlags, die Zurückverweisung der  
Kommission."

Was diese Kombination anlangt, so macht sie dem  
Scharfsinn ihres Autors alle Ehre, nur läßt sie ein wesent-  
liches Moment unberücksichtigt. Mit dem Datum unseres  
Nr. 6, die das Datum des 5. Februar trägt, ist schon am  
Dienstag, den 1. Februar, begonnen worden, und am  
2. Februar war der Verstand beendet. Das, was in dieser  
Nummer steht, kann also wohl nicht gut hinter dem Ar-  
tikel herkommen, der am 8. Februar im "Vorwärts" stand.  
Es besteht auch tatsächlich kein Zusammenhang zwischen  
dem "Vorwärts" und der "Holzarbeiter-Zeitung", und  
von uns ist auch in der gegenwärtigen Tarifbewegung  
noch keine Zeile für den "Vorwärts" geschrieben worden.  
Deshalb haben wir auch bisher die Polemiken, welche die  
"Fachzeitung" gegen den "Vorwärts" führt, unbeachtet  
gelassen und werden es auch in Zukunft so halten. Der  
"Vorwärts" wird, wenn er es für erforderlich hält, selbst  
in der Lage sein, die erforderliche Antwort zu finden.

## Wirtschaftliche Rundschau.

dr. Wenn auch der Arbeitsmarkt im Holz-  
gewerbe während des vergangenen Jahres noch stark  
im Beichen der Krise stand, so ist doch bei einer Betrach-  
tung des Verlaufes des Jahres 1909 deutlich zu unter-  
scheiden, daß nach sehr ungünstigen Monaten, die in die  
erste Jahreshälfte fielen, vom August ab die Erholung  
rasche und kräftige Fortschritte machte. Im Januar er-  
reichte der Andrang am Arbeitsmarkt für das Holzgewerbe  
den höchsten Stand während der ganzen Krise. Bis Juli  
stand der Andrang auch noch immer höher als im Jahre  
zuvor. Wieviel Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen  
in den einzelnen Monaten kamen, das ersicht man aus  
der Bewegung des Andranges an den Arbeitsnachweisen,  
über den das "Reichsarbeitsblatt" berichtet. Gewiß ist  
der Ausschnitt aus dem Gesamtarbeitsmarkt für das  
Holzgewerbe, wie er uns durch die in Frage kommenden  
Arbeitsnachweise geboten wird, noch relativ klein, und  
es muß mit allem Eifer für eine Ausdehnung und Ver-  
besserung der Berichterstattung gewirkt werden, aber die  
allgemeinen Schwankungen in dem Verhältnis von An-  
gebot und Arbeitsmarkt kommen eben doch auf dem  
Arbeitsmarkt offen stehenden Gebiete des Arbeits-  
marktes deutlich zum Ausdruck. In den einzelnen Mo-  
naten kamen nun auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende,

	1908	1907	1908	1909
Jänner . . .	204,2	224,8	329,7	689,8
Februar . . .	154,8	198,9	265,7	448,5
März . . .	129,5	146,1	208,3	301,0
April . . .	135,8	180,2	219,8	280,8
Mai . . .	186,5	182,4	287,0	261,5
Juni . . .	148,8	128,9	252,7	264,7
Juli . . .	120,8	182,8	280,2	288,7
August . . .	112,7	112,4	210,1	173,0
September . . .	118,2	128,2	195,7	162,0
Oktober . . .	187,8	188,0	268,4	196,8
November . . .	165,0	281,0	379,0	248,5
Dezember . . .	201,4	341,6	515,6	386,6

Zu obiger Zusammenstellung ist der Verlauf des Arbeitsmarktes während der vier Jahre 1908 bis 1909 dargestellt. Die Ungunst setzte schon 1907 sehr frühzeitig ein, frühzeitiger als in anderen Gewerben, und frühzeitiger, als der allgemeine Konjunkturumschlag erfolgte. Im laufenden Jahre erst erreicht der Andrang seine ungewöhnliche Höhe und sinkt dann langsam und allmählich bis zum Jahresende so, daß der Andrang nicht nur wieder bedeutend niedriger ist als im Dezember 1908, sondern auch hinter der Tiefenwelle des Jahres 1907 zurückbleibt. Damit ist auf dem Wege der wirtschaftlichen Erholung schon eine bedeutende Strecke zurückgelegt.

Der Grad der Erholung, wie er sich im Durchschnitt des Reiches ergibt, ist nun freilich in den verschiedenen Landesteilen sehr ungleichmäßig. Wir können drei Kategorien unterscheiden, wenn wir den Unterschied des Andrangs für den Jahresdurchschnitt in den einzelnen Landesteilen zugrunde legen. Eine kräftige bis sehr kräftige Erholung zeigte der Arbeitsmarkt in Ostpreußen, in Pommern und im Königreich Sachsen. Geringer war die Besserung in Posen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, in den Rheinlanden und in Württemberg. Eine mehr oder weniger erhebliche Verschlechterung wies dagegen im Durchschnitt des Jahres gegen 1908 der Arbeitsmarkt in nachstehend aufgeführten Gebieten auf: Berlin, Brandenburg, Provinz Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau, Württemberg, Baden, Hamburg und Elsaß-Lothringen. Was die einzelnen Berufe im Holzgewerbe betrifft, so zeigten wieder im Durchschnitt des ganzen Jahres die Drechsler, Holz- und Feindreher mit 337,70 Arbeitssuchenden auf je 100 offene Stellen den höchsten Andrang. An zweiter Stelle folgen die Tischler (Schreiner) mit 205,77, an dritter die Möblierer (Kübler, Küfer) mit 274,52, und an vierter die Würsten-, Kämm- und Korbmacher mit 240,84. Es ist äußerst lehrreich, in einzelnen die Bewegung von Angebot und Nachfrage zu verfolgen. Gibt doch eine eingehende Betrachtung wertvolle Fingerzeige, wie es zu erwarten wäre, die Gestaltung des Andrangs in ausgleichendem Sinne zu beeinflussen. Das verschiedene Niveau des Andrangs in den einzelnen Landesteilen sowohl als auch in den einzelnen Berufen erschwert natürlich einen Ausgleich der Lohns- und Arbeitsbedingungen, wie er doch wenigstens grundsätzlich angestrebt werden muß.

Nicht nur der Arbeitsmarkt stand 1909 noch unter dem Druck der Krise, sondern auch das im Holzgewerbe investierte Unternehmenskapital. Noch ist gerade im Holzgewerbe die Aktiengesellschaft als Betriebsunternehmung entfernt nicht so stark entwidelt wie in anderen Gewerben, immerhin kann die Bewegung der Rentabilität der Aktienbetriebe für das finanzielle Ergebnis im Holzgewerbe einigermaßen als typisch angesehen werden.

Im Jahre 1909 haben 50 Aktiengesellschaften, die dem Holzgewerbe zuzählen sind, ihre Bilanzen veröffentlicht, die die finanzielle Lage für das Jahr 1908/09 widerspiegeln. Diese 50 Gesellschaften repräsentieren ein Aktienkapital von 40,45 Millionen Mark. Auf diese Summe wurde für 1908/09 eine Dividende in Höhe von 5,3 Proz. verteilt gegen 6,4 für 1907/08. Es hat also im Jahre 1908/09 ein Rückgang von 1,1 Proz. auf das Nominalkapital berechnet stattgefunden. Es ist aber nicht nur die Dividende zurückgegangen, sondern auch der Reingewinn. Die Zahl der Gesellschaften, die mit Verlust gearbeitet haben, ist nicht nur gewachsen, auch die Höhe der Verluste war insgesamt größer als 1907/08. Endlich muß auch darauf hingewiesen werden, daß an den Abschreibungen gespart worden ist, was im Interesse des Betriebes keineswegs als erfreulich bezeichnet werden kann. Beweiskraftsweise hat die Senkung des Dividendenertrages nicht verhindert, daß die im Holzgewerbe investierten Kapitalien, soweit es aus den an den Börsen gehandelten Aktien ersichtlich ist, während des Jahres 1909 eine nicht ganz unbedeutende Wertsteigerung erfahren haben. Als im Laufe des Jahres 1909 infolge des günstigeren Geldstandes und unter dem Eindruck der ersten Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung der Börsenverkehr sich wieder belebte und das breite Publikum der mittleren und kleinen Kapitalisten eine rege Kauflust nach Industriewerten befundet, da wurden auch die Werte des Holzgewerbes in den Studiul der Börse mit hineingezogen, obwohl nach dem inneren Wert der Aktien und nach der zu erwartenden Dividende der Kurs der Aktien schon rechtlich hoch stand. Die unbegründeten Kurssteigerungen beeinträchtigten aber die Gesamtlage des Holzgewerbes nach den verschiedensten Richtungen hin in äußerst nachteiliger Weise. Sie tangierten unter Umständen auch die Lohnsummen, die der Arbeiterschaft zusiehen. Nicht nur die Direktion einer Aktiengesellschaft, sondern auch der Inhaber eines privaten Betriebes ist bestrebt, aus dem Geschäft einen Gewinn herauszuwirtschaften, der das investierte Kapital möglichst hoch verzinst. Der Wert des investierten Kapitals wird aber bis zu einem gewissen Grade nach den Notierungen des Kurszettels bemessen. Wird durch solche Preissteigerungen das investierte Kapital um beispielsweise 20 Proz. höher fixiert, als das Nominalkapital beträgt, so wird die Betriebsleistung bestrebt sein, das Kapital entsprechend höher zu verzinsen, so daß keine Entwertung eintritt. Es soll eine höhere Summe an das Unternehmungskapital ausgeschüttet werden, die anderfalls für andere Zwecke, sagen wir also für Löhne, zur Verfügung gestanden hätten. Da für 1908/09 im allgemeinen noch niedrigere Gewinne

als 1907/08 ergiebt worden sind, so scheint man in Börsenkreisen anzunehmen oder doch so zu tun, als ob die Ende Dezember schließenden Gesellschaften schon wieder eine Besserung der Gewinnresultate bringen würden. Diese Annahme dürfte aber nicht ohne weiteres zutreffen, vielmehr wird sich herausstellen, daß die Kurzsteigerungen im Holzgewerbe genau so, wie die auf dem gesamten Markt der Dividendenwerke üblich treibenden darstellen, die sich auf den so laufslufigen Publikum in absehbarer Zeit rächen werden.

## Der Rechtsbegriff als Waffe im Emancipationskampfe.

### II.

#### Recht und Unrecht.

Bei genauerer Beschäftigung mit der Frage, was denn eigentlich Recht und was Unrecht ist, macht man eine eigenartige Beobachtung, die uns auf den ersten Blick überrascht. Weil wir unseren Geist dogmatisch geprägt haben, haben wir die Gewöhnlichkeit angenommen, in einem jeden Begriff etwas Feste, Bestimmtes zu erblicken. Wir erkennen die in den Begriffen liegende Relativität und wir vergessen, daß speziell die sozialen Ideen wandelbar sind je nach dem Standpunkt, den man ihnen gegenüber einnimmt, und je nach dem Maßstab, den man anlegt. Da das Recht aus den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen herauswächst, deren Bilderspiegelung es ist, und da diese Zustände eine Scheidung der Gesellschaft in Klassen bewirkt haben, so ist es klar, daß auch das Recht die Spuren seiner Herkunft nicht verleugnet. In einer Klassengesellschaft kann es deshalb kein einheitliches, gleiches Recht geben, und das vielgerühmte gleiche Recht für alle ist ein schöner Wahnsinn oder vielmehr eine leere Nobsensart. Man spricht allerdings heute so gern von der Gleichberechtigung aller Menschen, aber in Wirklichkeit sehen wir nirgends eine Rechtsgleichheit. Und wenn der moderne Staat sich einen Rechtsstaat nennt, so glaubt sein Kenner an diese Illusion; und wenn er sich als Hüter des Rechts ausspielt, so kann er damit nur Unklarheit täuschen. Bekanntlich stellt der Staat die Göttin der Gerechtigkeit mit einer Klinde vor den Augen und einer Waage in der Hand über die Thiere der Gerichte, um damit symbolisch anzudeuten, daß dort Recht und Unrecht ohne Anschein der Person mit gerechten Händen abgewogen werden sollen, aber ein Wissender empfindet dies Symbol als einen blutigen Hohn auf die Wirklichkeit.

Denn in Wirklichkeit gehen die Begriffe über Recht und Unrecht hinaus weit auseinander. Recht und Unrecht sind eben relative Begriffe in einem Klassenstaate, und was der eine Mensch Recht nennt, das nennt der andere Unrecht; was der eine als sein gutes Recht mit Hörnern und Klauen verteidigt, das verdammt der andere als ein himmelschreiendes Unrecht. Bahnslos wie der Sand am Meere sind die Beispiele hierfür, die uns Geschichte und Erfahrung bieten.

Der Sklavenbesitzer im Altertum hatte das unbeschrankte Recht über seinen Sklaven, der sein rechloses Eigentum war; er konnte den Sklaven nach Willkür gebrauchen oder missbrauchen, er konnte ihn verkaufen, verschonen, misshandeln und töten. Das war das geschichtliche Recht des Sklavenhalters, an dem kein Mensch zu rütteln wagte. Aber die Sklaven empfanden dies sogenannte Recht als ein schreiendes Unrecht, und sie haben erbitterte Kämpfe geführt und Blut und Leben geopfert, um dies Unrecht zu beseitigen. Heute ist dieses „Recht“ aus der Kulturwelt verschwunden. Der Grundherr im Mittelalter hatte das Recht, von seinen Bauern Abgaben und Dienste zu fordern und seine Hörigen in jeder Weise auszunützen, er hatte das Recht, seine Untergebenen an die Scholle zu fesseln und ihnen die Bewegungsfreiheit zu nehmen — die Bauern und Hörigen waren hiermit nicht einverstanden, sie nannten es ein Unrecht, und in zahlreichen Aufständen haben sie versucht, es abzuschaffen. Heute ist dieses „Recht“ beseitigt und nur in der Rechtlosigkeit der Landarbeiter hat es sich noch teilweise erhalten. Am Ausgange des Mittelalters hatte der absolute Fürst das Recht, seinen Untertanen darüber Vorschriften zu machen, welche Religionsgemeinschaft sie angehören durften, denn vom Land gehörte, dem auch die Religion seiner Untertanen. Heute erscheint uns dies Recht als ein wahnsinniges Unrecht, und wir würden es uns schön verbitten, wenn ein Fürst sich in unsere Religionsausübung einmischt would. Der moderne Unternehmer hat das — sehr einträgliche und angenehme — Recht, seine Arbeiter auszubauen, indem er ihnen für den gezahlten Lohn Mehrwert aus den Knochen preist; der modernen denkende Arbeiter hat dies kapitalistische Recht als ein Unrecht erkannt und will es mit allen Mitteln beseitigen; im Geiste sieht er bereits die Zeit, in der dies „Recht“ des Kapitalisten ebensogut ins alte Eisen geworfen sein wird, wie das „Recht“ des mittelalterlichen Feudalherren und des antiken Sklavenhalters. Der Kapitalprozent auf sein Recht als Herr im Hause und nimmt das Recht für sich in Anspruch, in seinem Betriebe mit dem Arbeiter nach Willkür schalten und walten zu können; die Arbeiter sind bemüht, mit Hilfe starker Organisationen dieses Unrecht einzuschränken und zu beseitigen; sie erstreben das Recht, im Betriebe mit bestimmten zu dürfen, wie sie heute bereits in Staat und Gemeinde missprechen dürfen. Der ostelbische Junge spricht vom preußischen Wahlrecht, wir sprechen vom

preußischen Wahlunrecht, und wenn wir von unserem Rechte Gebrauch machen, gegen dieses Unrecht öffentlich zu demonstrieren, so schimpfen jene über das Unrecht, das wir durch Bekämpfung des Wahlrechts begehen. Und wenn wir zum Überfluß noch an einem drastischen Beispiel den Doppelcharakter des Rechts klären sollen, so weisen wir auf das Züchtigungswahlrecht hin — ein schönes Recht für den, der die Prüge ausübt, aber von dem, der die Prüge bekommt, als ein Unrecht verwünscht.

Im Laufe der Zeit ist den unteren Volksschichten die Relativität des Rechts immer deutlicher zum Bewußtsein gekommen und immer deutlicher wird erkannt, was früher nur instinkтив empfunden wurde, daß ein ausgesprochenes Klassenrecht existiert und daß ein Angehöriger der Unterschicht in jeder Beziehung weniger Recht hat als ein Angehöriger der Oberschicht. Diese Erkenntnis ist gewissermaßen der Pfahl im Fleische des Proletariats, der Stachel, der auch den rückständigsten Arbeiter antreiben muß, immer ungekümmert das gleiche Recht zu fordern. Der klassenbewußte Arbeiter will nicht länger ein Mensch zweiter Klasse bleiben, und selbst der einfachste Landproletar empfindet es heute schon als eine Kurzschluß, daß er minderen Rechts sein soll. Manch ein Proletarier empört sich nicht so sehr gegen seine schlechte wirtschaftliche Lage, daß man ihm eine schwere Arbeitslast aufzubürden und ihn zugleich mit largem Lohn abspeist, er erträgt es nicht so schwer, daß man ihn in eine menschenunwürdige Wohnung einspernt, er bemerkt es vielleicht nicht einmal, daß man ihn von Bildung, Wissen und Kunst abschließt und daß man ihn in gesellschaftlicher Beziehung zurückstellt — aber das ist es, was sein Willen in Wallung bringt, daß er weniger Recht haben soll als die Herren, daß man ihm sein gutes Recht vorenthält, daß man ihn als einen Menschen in anderen Rechten betrachtet.

Dies Gefühl der Rechtsungleichheit und der Rechtlosigkeit gegenüber den bevorrechten Ständen muß geweckt und gepflegt werden in den Massen, wenn man das Volk zum Kampfe um sein Recht aufzutreten will. Die Beobachtung, daß es ungerecht hergeht in der Welt, erzeugt in den Entrechteten den starken Willen, dem Rechte zum Siege zu verhelfen und eine Gesellschaft zu schaffen, die auf der Grundlage des gleichen Rechts beruht.

## Arbeiterhaushaltungen.

Unter dem Titel „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen in minderbemittelten Familien in Deutscher Reich“ hat das Reichsstatistische Amt als zweites Sonderheft des „Rechtsarbeitsblattes“ 1909 eine umfangreiche Arbeit veröffentlicht. Es handelt sich um das Ergebnis einer Aufnahme, die mit Hilfe der statistischen Amtler viele Großstädte für die Zeit vom 1. Februar 1907 bis zum 31. Januar 1908 vorgenommen wurde. Die Angaben sind dadurch gewonnen, daß von Familien die sich zur Führung bereit erklärten, Haushaltungsbücher zur täglichen Aufzeichnung aller Einnahmen und Ausgaben ausgegeben wurden. Geplant war dabei, nur Familien von drei bis fünf Kindern und unter 8000 Mk. Jahreseinkommen zu erfassen. Diese Grenzen sind allerdings nicht genau eingehalten worden, indem auch die Angaben weniger gesuchter Ehen verarbeitet sind sowie aus allein 44 Haushaltungen mit über 8000 Mk., ja sogar fünf mit über 5000 Mk. Einkommen einbezogen wurden.

Brauchbare Unterlagen liefern dem Statistischen Amt ab 31 Städte und eine Anzahl einzeln Berichtender aus kleinen Orten, zumeist mittlere Beamte. Die stadtstatistischen Amtler scheinen allerdings auf ihrer Ecke nach geeigneten Familien sich nicht immer der richtigen Vermittlung bedient zu haben. So ist es unverständlich, daß sich in Stuttgart keine und in Hannover nur drei Familien zur Führung dieser Haushaltungsbücher auf ein Jahr bereit erklärt haben, wie der Bericht meldet. Am übrigen wirkten aber in 17 Städten die freien Gewerkschaften, daneben in 6 die Christlichen und in 7 die Jüdischen Dörfern an der Erhebung mit. Der Schwierigkeit, die Bücher ein Jahr lang gewissenhaft zu führen, suchten einige Städte durch Gewährung von Prämien von 5 oder 10 Mk. oder von Büchern zu begegnen. So stiftete zum Beispiel die Stadt Schöneberg den Auszährenden je einen „kleinen Brodhaus“.

Ausgegeben wurden insgesamt 4120 Haushaltungsbücher, von denen 3575 mit mindestens einmonatlichen Aufzeichnungen wieder eingingen. Von diesen sind aber nur 600 oder 26,9 Proz. über alle zwölf Monate hinaus durchgeführt. Nach den sonstigen Erfahrungen auf diesem Gebiete ist dieses Ergebnis noch als gut zu bezeichnen. Recht unterschiedlich sind in ihrer Lsdauer die einzelnen Orte. So haben zum Beispiel in Görlitz alle fünf beteiligten Familien (nur städtische Beamte) bis zu Ende Berg 52 von 66, in Hamburg 260 von 1100 und in Berlin zwei von 480. Von diesen durch ein Jahr geführten Wirtschaftsrechnungen sind 852 als brauchbar durch das Reichsstatistische Amt bearbeitet und veröffentlicht worden. Diese allein legen wir auch den nachfolgenden Ausführungen zugrunde. Das Resultat zeigt allerdings auch nur die Lebenshaltung in deutschen Großstädten, die allein 701 Rechnungen stellten. Dem Ursprung nach stammen von den bearbeiteten Wirtschaftsrechnungen 522 von Arbeitern, 67 von Unterbeamten, 138 von mittleren Beamten, 79 von Lehrern und 38 von Privatangestellten.

## Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Bahnhofstelle verwaltung durch Unterschrift und Stempel als glaubhaft sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Schulern, Waschinen- und Hilfsarbeitern nach Wauken (Waggonfabrik), Bremen - Hemelingen (Weinmann), Düsseldorf (Schönfeld), Halle in Westfalen (Doppheide), Höchst a. M., Klosterfelde (Bergemann), Langenberg, Neub. j. L., Lüdenwalde, Oberneubrunn i. Thür., Meisternhausen, Schwenningen i. W. (Möbelfabrik Lausser), Sommerfeld, Riegenhöls (Möbelfabrik "Hoffnung"), Bussenhausen (Bröll), Horben-Glarus in der Schweiz, Schmiedern nach Corbettha, Halle a. S. (Caalbach), Niednitz bei Crossen a. d. Oder (Stralauer Glashütte), Stettin (Lunberg).

Brechstern nach Lüdenwalde.

Altmachern nach Wauken (Waggonfabrik), Halle i. Westf. (Doppheide).

Wasserern nach Lüdenwalde.

Wasserhältern nach Wauken (Waggonfabrik).

Alle 852 Erhebungshaushaltungen haben im Durchschnitt je 4,3 Köpfe, was ungefähr dem Reichsdurchschnitt mit 4,4 Köpfen entspricht. Auffallend ist, daß nur bei den wenigsten Familien die gesamten Kosten durch den Einkommen verdient des Mannes aufgebracht werden. Dieser ergibt vielmehr im Durchschnitt nur 82,4 Proz. der Gesamteinommen. Dieser Prozentsatz schwankt unter den einzelnen Vermögensklassen nur unwesentlich, wenn man die fünf Familien mit über 5000 Mtl. unberücksichtigt läßt. Dabei signiert der Nebenverdienst des Mannes, der von 0,5 Proz. bei den kleinsten Einkommen bis auf 2,7 Proz. in der Klasse von 1800 bis 2000 Mtl. steigt, um dann bei den höheren Einkommen wieder zu sinken. Den entgegengesetzten Verhältnis stehen die Einnahmen der Churfrau. Diese betragen in der untersten Stufe 13 Proz. des Gesamteinommens und sinken bei 3000 Mtl. auf 1,1 Proz. Der Beitrag der Kinder erreicht mit 2,7 Proz. seinen höchsten Stand in den mittleren Einkommensstufen. Dies deutet sich daraus darauf, daß in jenen Kreisen die erwerbstätigen Söhne und Töchter mehr im Hause wohnen, als bei Arbeitern, und sie früh hinaus müssen ins feindliche Leben.

Die Einnahmen aus Unterermietung sind in den Gruppen mit 1800 bis 2000 Mtl. mit 3 Proz. am höchsten, doch schwanken diese innerhalb der einzelnen Gruppen stark. Sie betragen zum Beispiel bei kinderlosen Familien nur 1 Proz., bei sechs Kindern 4 Proz. des Einkommens, um bei mehr Kindern wieder zu sinken.

Dagegen prägen sich bei den sonstigen waren Einnahmen die Klassenunterschiede wieder stark aus. Diese Einnahmen steigen von 4,5 Proz. bei den Einkommen unter 1200 Mtl. bis auf 14,8 Proz. in der Stufe 4000 bis 5000 Mtl., wo sie pro Familie 665 Mtl. betragen. Hierin spiegeln sich in erster Linie die Zinsen von angelegtem Kapital wider. Die sonstigen Einnahmen aus Kinderwohnung, Wirtschaftung usw. sind durchgängig unbedeutend.

Interessanter noch und wegen der erforderlichen genauen täglichen Buchführung über Kleinigkeiten weit schwieriger zu beschaffen sind die Angaben über die Verwendung der Ausgaben auf die einzelnen Lebensbedürfnisse. Durchschnitt sämtlicher 852 Haushaltungen entfallen auf Nahrung 45,55 Proz., Kleidung 12,64 Proz., Wohnung 17,98 Proz., Heizung und Beleuchtung 4,07 Proz. und auf Sonstiges 19,78 Proz. aller Ausgaben. Dieses Verhältnis erfährt natürlich zwischen den einzelnen Einkommensgruppen eine wesentliche Verschiebung. Bekannt ist die Regel, die sich auch hier wieder bewährt, daß die Nahrungsmittel einen um so größeren Prozentsatz des Einkommens erfordern, je kleiner dieses ist. Schwankungen werden hier natürlich auch entstehen, je nach der Köpfzahl der einzelnen Familien. Wir haben deshalb zu allen nachfolgenden Vergleichen immer Familiengruppen mit gleicher Köpfzahl, nämlich stets zu fünf Köpfen, herangezogen.

Dabei ergibt sich nun, daß die Familien für Nahrungs- und Genussmittel ausgeben bei Einkommen von

unter 1200 Mtl.	633,65 Mtl.	= 59,7 %
1200-2000 "	938,29 "	= 52,5 %
2000-3000 "	1192,26 "	= 44,2 %
3000-5000 "	1528,87 "	= 34,7 %

Dieses Verhältnis würde sich noch bedeutend steigern, könnte man in gleicher Weise auch die großen Einkommen erfaßt. Selbst der Arme muß eben einen bestimmten Beitrag für Lebensmittel aufwenden, will er seine Arbeitskraft auch nur notdürftig erhalten. Das zeigt aber wiederum auch, daß jede Steuer oder jeder Zoll auf Lebensmittel den Armen im Verhältnis zu seinem Einkommen ungleich höhere Belastung als den Reichen. Noch stärker tritt diese ungleichmäßige Belastung zutage, wenn wir den Verbrauch an den einzelnen Lebensmitteln vergleichen. Zu den wichtigsten und von der Zollgesetzgebung am meisten mitgenommenen gehört das Brot. Hier ergibt nun die vorliegende Statistik, daß bei unter

1200 Mtl. Einkommen für Brot und Packwaren 14,68 Mtl. über 18,8 Proz., bei 4000 bis 5000 Mtl. aber 19,81 Mtl. über nur 4,8 Proz. ausgegeben wurden. Ein gleiches Bild zeigen die Kartoffeln, die in der untersten Gruppe 48,89 Mtl. über 4,1 Proz. in der höchsten aber nur 28,06 Mtl. oder 0,6 Proz. der Ausgaben für Nahrungsmittel erforderten. Demgegenüber steigen natürlich mit dem Einkommen die höheren Lebensbedürfnisse. So wurden ausgegeben für Fleisch, Schinken und Speck hier 70,17, dort 80,92 Mtl.; für Butter hier 48,27, dort 178,03 Mtl.; für Eier 10,88 bezw. 52,45 Mtl. Für Obst und Süßfrüchte konnte bei 1200 Mtl. Einkommen nur 11,15 Mtl. bei 5000 Mtl. dagegen 100,08 Mtl. angelegt werden.

Im Durchschnitt aller beteiligten Familien entfallen von den Ausgaben für Nahrungsmittel auf Fleisch 28 Proz., Brot 18 Proz., Milch 10 Proz., Butter und Schmalz 12 Proz., Tabak 2 Proz., Ausgaben im Wirtschaften 6 Proz., auf Kartoffeln, Eier, Mehl samt Reis, Hülsenfrüchte und Obst je 8 Proz.

Den nächstgrößten Teil des Gesamteinommens erfordern Wohnung und Haushalt. Die Ausgaben hierfür betragen durchschnittlich zwischen 17 und 21 Proz. oder den sechsten bis fünften Teil aller Ausgaben. Die Aufwendungen für die Wände selbst schwanken bei diesen fünfköpfigen Familien zwischen 192 und 770 Mtl. Wer die großstädtischen Mietpreise kennt, wird sich daraus ein Bild machen können, wie eingeschränkt und zusammengepfercht die Familien mit dem niederen Einkommen hausen müssen.

Wo alles aufgewandt werden muß, um des Lebens Nahrung und Wohndurst nur annähernd zu befriedigen, bleibt für Kleidung, so nötig auch diese sein mag, nur wenig übrig. In der Gruppe 4000 bis 5000 Mtl. Einkommen konnten dafür 400,85 Mtl. aufgewandt werden, bei 1600 bis 2000 Mtl. sind dafür noch 165,24 Mtl. angelegt, während bei unter 1200 Mtl. hierfür nur 85,54 Mtl. übrig bleiben. Hierbei darf aber keiner nach berühmten Mustern behaupten: "Der Vater wird wohl alles versoffen haben", denn die gleichen Familien, die zwölf Monate lang über jeden Pfennig gewissenhaft Buch führen, haben in der gleichen Zeit für alkoholische Getränke nur 10,07 Mtl. ausgegeben. Es bedarf keiner großen Gelehrsamkeit, um festzustellen, daß mit 85 Mtl. im Jahre auch nicht einmal die allernotwendigsten Bedürfnisse einer fünfköpfigen Familie an Kleidern und Schuhwerk befriedigt werden können. Hier ist eine Hebung des Verdienstes unabsehbar notwendig.

Nun sollte aber das Leben doch nicht nur aus Arbeiten, Essen und Trinken bestehen. Stunden der Freizeit, Tage der Erholung und Ausspannung gehören bei den Kulturmenschen ebenso gut zu den Notwendigkeiten. Aber dafür bleiben den Armen keine Mittel übrig. Die Inhaber der Einkommen von 4000 bis 5000 Mtl. sind ja noch lange nicht zu den reichen Leuten zu zählen, trotzdem finden wir für Vergnügungen 104,97 Mtl. und für Gesundheitspflege (vielleicht Landaufenthalt) 231,00 Mtl. ausgegeben. Und die Armen? Bei 1200 Mtl. sind 7,82 Mtl. bezw. 1 Mtl., bei 1600 bis 2000 Mtl. sind 16,90 Mtl. bezw. 15,21 Mtl. hierfür aufzubrachten.

Einen interessanten Blick in einen solchen Haushalt gestalten auch die verbrauchten Mengen der einzelnen Nahrungsmittel. Diese sind von allen Familien, deren diesbezüglichen Angaben verwertbar waren, berechnet. Kartoffeln, Käse, Schmalz und Fässer differieren zwischen den einzelnen Einkommensklassen in der Menge nur unwesentlich. Die höheren Ausgaben der Bessergestellten hierfür erklären sich vielmehr aus den verwandten besseren Qualitäten. Dagegen steigt der Verbrauch an Fleisch von 92,4 Kilogramm bei unter 1200 Mtl. auf 184,4 Kilogramm bei 4000 bis 5000 Mtl. Einkommen, Butter von 82,5 Kilogramm auf 65,2 Kilogramm, Milch von 361,1 Liter auf 652,2 Liter. Eier werden unter 1200 Mtl. 247, bei 3000 Mtl. 665 Stück verbraucht. Über den Verbrauch an Brot ist leider kein gewichtsweiser Nachweis vorhanden, doch ergibt sich aus dem aufgewandten Gelde, daß bei höheren Einkommen nicht mehr, höchstens bessere Sorten verzehrt werden.

Ein Vergleich der aufgezeigten Materialien mit den Anforderungen der Gesundheitslehre zeigt, daß auch bei dem höchsten Verbrauch keineswegs von Verschwendungen geredet werden kann. Wie viel von dem zur Erhaltung des Körpers Nötigen muß aber dann den Familien mit niederen Einkommen abgehen?

Das Statistische Amt hat aus den Ergebnissen der 852 Wirtschaftsrechnungen auch Durchschnittszahlen gezogen. Wir wollen uns deren Wiedergabe verneinen. Bei den großen sozialen Unterschieden der Beteiligten (Einkommen von unter 1200 bis über 5000 Mtl.) müssen Durchschnittszahlen notwendigerweise ein falsches Bild geben. Dabei wollen wir aber keineswegs den Wert solcher Erhebungen unterschätzen. Sie erbringen den unverdächtlichen Beweis für die Unentbehrlichkeit der gewerkschaftlichen Arbeit. Das Studium der Haushaltungsrechnungen möchten wir ganz besonders den Tischlermeistern und Holzindustriellen empfehlen, die nicht müde werden, über die Un durchführbarkeit der von unseren Kollegen gestellten Wohnforderungen zu jammern. Selbst wenn das Geforderte unverkürzt bewilligt wird, werden unsere Kollegen noch auf manche Lebensbedürfnisse verzichten müssen, auf welche sie Anspruch erheben dürfen. Unser Ziel ist es, den Arbeitern zu einer auskömmlichen Lebenshaltung zu verhelfen. Und dieses Ziel werden wir erreichen, trotz aller Widerstände, die sich uns entgegenstellen.

## Soziales.

Eine Verhöhnung des preußischen Volkes.

Nun ist die preußische Wahlrechtsvorlage endlich heraus. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat den Inhalt der Regierungsvorlage veröffentlicht und denen, die etwa erwartet hatten, daß die preußische Regierung das Wahlrecht wirklich verbessern würde, eine gründliche Enttäuschung bereitet. Groß wird allerdings die Zahl dieser enttäuschten Optimisten nicht sein, denn man weiß allgemein, daß von den Machthabern in Preußen fort schriftliche Taten nicht zu erwarten sind. Über das, was in der Wahlrechtsvorlage geboten wird, ist eigentlich noch weniger als nichts.

Es bleibt bei der ungerechten Wahlkreiseinteilung.

Es bleibt bei der Dreiklasseneinteilung der Wähler.

Es bleibt bei der Offenheit der Stimmabgabe.

Die ganze Reform beschränkt sich in der Hauptsache darauf, daß an Stelle der indirekten die direkte Wahl tritt. Diese einzuführen, hat aber den Freunden des unanständigen preußischen Wahlrechtes keine besondere Überwindung gekostet. Die Wahl von Wahlmännern als Abstecher zwischen den Urwählern und den Kandidaten hat längst jede Bedeutung verloren. Die Wahlmänner sind auf die zu wählenden Kandidaten verpflichtet, und die Möglichkeit, mißliebige Wähler zu managen, ist in gleichem Maße vorhanden, ob diese nun bei der Wahl den Namen des oppositionellen Kandidaten oder den des auf ihn verpflichteten Wahlmannes nennen.

Außer der Einführung der direkten Wahl enthält die Vorlage noch einige Änderungen, Verbesserungen kann man in diesem Fall kaum sagen. Bei der Klasseneinteilung soll insoweit eine Änderung eintreten, als Steuerleistungen, die über 5000 Mtl. hinausgehen, nicht mehr angerechnet werden. Bekanntlich ist für die Zuweisung der Wähler in die einzelnen Klassen die Steuerleistung des einzelnen maßgebend. Wenn in einem Wahlbezirk ein besonders reicher Wähler wohnt, so kann es bei dem bisherigen Modus vorkommen, daß er allein die erste Klasse bildet. Wenn künftig Steuerleistungen über 5000 Mtl. nicht angerechnet werden, so hat das zur Folge, daß einige Wähler von der zweiten in die erste, andere von der dritten in die zweite Klasse aufsteigen. Das ändert aber an der Ungerechtigkeit der Klasseneinteilung nicht das geringste. Auch künftig wird die große Masse der Wähler, vielleicht drei Viertel der Gesamtheit, der dritten Klasse angehören und rechtlos sein. Gegen die Übermacht des einen Viertels, welches sich auf die erste und zweite Klasse verteilt, kommen sie nicht auf.

Das ist aber der Brod der Vorlage; die Besitzlosen sollen in der dritten Klasse zusammengefaßt werden; wer einigermaßen begütert ist, soll in die höheren Klassen aufzurücken und nichts mehr mit dem Bleib gemeinsam haben. Aber es soll unter denen, die auf Grund ihrer Steuerleistung in die dritte Klasse gehören, noch eine Auslese getroffen werden. Wer sich das Einjährigenzeugnis in der Schule ersehen hat und seit 15 Jahren in dem Besitz desselben ist, soll, wenn er auch nur ein Einkommen von 1800 Mtl. hat, in die zweite Klasse kommen. Den gleichen Vortzug genießen die ausgedienten Unteroffiziere, wenn sie sich seit 5 Jahren im Besitz des Befreiungsscheines befinden. Außerdem sollen um eine Klasse erhöht werden diejenigen, welche eine abgeschlossene Hochschulbildung besitzen, die Rechts- und Landtagsabgeordneten, diejenigen, die eine ehrenamtliche Tätigkeit in den Selbstverwaltungsbüroden und in den Verwaltungsfördergesellschaften der höheren Kommunalverbände ausüben und schließlich die inaktiven Offiziere. Es ist also alles getan, um zu erreichen, daß künftig nur noch die ganz gewöhnlichen Menschenkinder in der dritten Klasse wählen.

Bei der Ausschaltung der Wahlmänner und der Besitzhaltung der Klasseneinteilung bietet die Feststellung des Resultats einige Schwierigkeit. Dieser will man in der Weise Herr werden, daß man zunächst die für jede Klasse in jeder einzelnen Wahlteilung abgegebenen Stimmen zusammenrechnet. Dann wird für jede Klasse berechnet, wieviel Prozent der abgegebenen Stimmen jeder Kandidat in dieser Klasse erhalten hat. Die in allen drei Klassen erzielten Prozentstimmen werden nun für jeden Kandidaten zusammengezählt und durch drei dividiert, und als gewählt gilt derjenige, der mehr als 50 Proz. der Stimmen erhielt.

Das sind in der Hauptsache die Grundzüge der preußischen Wahlreform. Es bedarf keiner langen Auseinanderziehung, um darzutun, daß diese Reform dem immer lauter werdenden Verlangen nach einer Verteilung der Dreiklassenschmach in keiner Weise gerecht wird. Sie ist eine Verhöhnung des Volkswillens, und die Arbeiter in Preußen werden sich verfehlten, auf diese Herausforderung die gehörrende Antwort zu geben. Was bisher in der Wahlrechtsfrage geschehen ist, war, so sehr es auch den braven Philister erschreckt hat, nur ein Vorspiel zu den Kämpfen, die uns die nächste Zukunft bringen werden. Jetzt erst beginnt der eigentliche Kampf ums Wahlrecht, und die Versicherung kann den Machthabern gegeben werden, dieser Kampf wird nicht früher sein Ende erreichen, als bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch in Preußen eingeführt ist.

### Vorbereitungen für die kommenden Lohnkämpfe.

In München ist es in letzter Zeit zwischen dem städtischen Arbeitsamt und der Arbeiterschaft zu einem bedeutungsvollen Konflikt gekommen, der um so bedauerlicher ist, als dieses Amt sich bisher wegen seines unparteiischen Verhaltens großen Ansehens zu erfreuen hatte. Seit dem Jahre 1895 steht im Statut eine Bestimmung, nach der die Kommission dieses Amtes das Recht hatte, falls bei Lohnkämpfen die Beteiligten sich weigerten, in Einigungsverhandlungen zu treten oder wenn ein Schiedsspruch nicht zustande kommt oder wenn sich die Beteiligten dem Schiedsspruch nicht unterwerfen, darüber Beschluss zu fassen, „ob das Arbeitsamt für das beteiligte Geschäft — den beteiligten Geschäftsbereich — seine Tätigkeit einstellen soll oder nicht“. Seit Bestehen dieses Statuts wurde die Bestimmung nicht in Anwendung gebracht, ihre Annahme hat vorwiegend gewirkt und sich somit recht gut bewährt.

Ancheinend befürchteten die Unternehmer ihres unbegründeten Vorwurfs in diesem Frühjahr halber, vielleicht auch weil sie die Absichten haben, sich einem Schiedsspruch nicht zu unterwerfen, daß es ihnen bei Einstellung der Vermittelungstätigkeit des städtischen Arbeitsamtes nicht gelingen würde, genügend Arbeitswillige nach München zu bringen. Das war Grund genug, die hilfsbereiten Scharfmacher im Rathause in Bewegung zu setzen, mit 2 Monaten vor Ablauf der Tarife, das Statut des Arbeitsamtes zu ändern und den gesürchteten Paragraphen herauszustreichen. Die sozialdemokratischen Vertreter in beiden Gemeindefollegien wendeten sich mit aller Schärfe gegen ein solches Ansehen, selbst der Bürgermeister meinte: „Es werde sich der Schein nicht vermieden lassen, als dächten die Mehrheitsparteien jetzt schon an die kommenden Lohnkämpfe und blasen die ersten Fanfaren zu den bevorstehenden Kämpfen. Eine innere Berechtigung habe die vorgeschlagene Aenderung nicht.“ Es half nichts, die Scharfmacher konnten um so leichter triumphieren, leisteten ihnen doch die liberalen und christlichen Rathaus-Arbeitervertreter willige Gefolgschaft. Und warum? Das hatte der Zentrumsbevollmächtigte Abel kundgegeben: „Es müsse Schutz geschaffen werden für die Freiheit der Arbeitswilligen.“

Die Folge dieser Beschlüsse ist nun, daß die Arbeitsvermittlung selbst bei den ungerechtfertigten Tarifbrüchen und Aussperrungen seitens der Unternehmer fortsetzt wird. Dazu werden diese Arbeitersuche und event. Vermittelungen noch allmählich in allen bayerischen Arbeitsämtern durch öffentlichen Anschlag amtlich bekanntgegeben. Die Folge ist vermehrter Zugang aller jener, denen die bestehenden Differenzen nicht bekannt sind. Dadurch glauben die Unternehmer jedenfalls um so leichter in Zukunft ihre gelben Ausreisekolonnen nach München bringen zu können.

In praktischer Mitarbeit und zur Förderung des Ausbaus des städtischen Arbeitsamtes und im Vertrauen auf dessen Parität erklärten sich die Arbeiterorganisationen wiederholt bereit, ihre eigenen Arbeitsnachweise aufzugeben zugunsten von Facharbeitsnachweisen, die beim städtischen Arbeitsamt errichtet werden sollten. In derselben Zeit dagegen errichteten die Unternehmer für das gesamte Baugewerbe sowohl wie für die Metallindustrie eigene einseitige Nachweise. Der Plan war also sehr schön eingefädelt, nur konnte man es nicht mehr erwarten aufgrund der Lohnkämpfe dieses Frühjahrs, an denen in München infolge der Tarifkündigung durch die Unternehmer nahezu die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft beteiligt ist. Hätten nun gar erst die Arbeiter ihre zum großen Teil gut funktionierenden Arbeitsnachweise zugunsten städtischer Facharbeitsnachweise schon preisgegeben, dann hätten die Scharfmacher freies Spiel gehabt. Man hätte sich den Teufel in das paritätische städtische Arbeitsamt gesetzt, im Gegenteil erst recht am Ausbau ihrer eigenen Maßregelungsbüros gearbeitet, und so eine wichtige Waffe in die Hand bekommen.

Nachdem in München die Statutenänderung beim städtischen Arbeitsamt vollzogen, durfte auch Augsburg nicht zurückbleiben. Einstimmig beschloß der dortige Magistrat die Statutenänderung in der Weise, daß in Zukunft die Arbeitsvermittlung für bestreite Betriebe und Orte fortzuführen sei. Lediglich durch Anschlag sollen den Arbeitssuchenden jeweils die Orte bekanntgegeben werden, die von Streiks oder Aussperrungen betroffen werden. Man sieht, es liegt System in der Sache. Die städtischen Arbeitsämter stellen sich schon vor dem Kampf auf Seite des wirtschaftlich Stärkeren — auf die Seite der Unternehmer.

Aus dem Reichstag. Die Aufforderung zum Staatsstreich, die der Junier Oldenburg am 29. Januar in den Saal geschildert hat, ohne daß sich der amtierende Vizepräsident, der Erbprinz v. Hohenlohe, bemüht hat, geschehen hätte, die Freiheit gebührend zurückzuweisen, fand noch ein Nachspiel. Der Abgeordnete Ledebour hatte gegen den ihm unberechtigt getroffenen Ordnungsruf an das Haus appelliert, welches nach der Geschäftsordnung am 1. Februar ohne Debatte darüber entscheiden sollte. Es war jedoch möglich, die Angelegenheit in Form einer Geschäftsordnungsdebatte am 31. Januar zur Sprache zu bringen. Dabei stellte sich heraus, daß das offizielle Stenogramm der fürstlichen Sonnenwendigung eine interessante Korrektur erfahren hatte. Diese Korrektur schaffte den bürgerlichen Parteien die erlöhnende Brücke, um den Bizepräsidenten, der seine Unzulänglichkeit so drastisch erwiesen hatte, von jeder Schuld freizusprechen. Bei der Abstimmung am 1. Februar erklärten neben den Sozialdemokraten nur die Kreisgruppen und die Bölen den Ordnungsruf für ungerechtfertigt. Die Nationalliberalen haben den Anschluß nach rechts wiedergefunden und die Mehrheit des Reichstages hat bewiesen, daß sie nicht willens ist, die Ehre und die Würde der Volksvertretung zu wahren.

In der Debatte über die Kolonien spielten die dort erschlossenen Diamantensfelder eine große Rolle. Diese haben sich als ertragreicher herausgestellt, als man anfanglich annahm und daß veranlaßt die private Kolonialgesellschaft, die sich in bekannter Manier in den Bereich großer Ländereien gesetzt hat, auch in bezug auf die Diamantenproduktion Sondervorrechte für sich in Anspruch zu nehmen. Diese modernen Raubritter gehen hierbei

auch gegen das Reich mit einer Ungeheuerlichkeit vor, die im Reichstag allseitige Zurückweisung erfuhr. Die Anerkennung, daß sich die Kolonialverwaltung gegenüber den Deutepolitikern im Recht befindet, taunt natürlich die Sozialdemokratie nicht verlassen, von ihrem, die Kolonialpolitik grundsätzlich ablehnenden Standpunkt abzugehen.

Daran hindern sie schon die Methoden, mittels welcher unter den ihres Eigentums und ihrer Freiheit beraubten Einwohner „Kultur“ verbreitet wird. Bei der Beratung des Handelsvertrages mit Portugal wurde den deutschen Unterhändlern der Vorwurf gemacht, daß sie sich hätten übers Ohr hauen lassen. In Wirklichkeit sind aber die ungünstigen Bedingungen, die dieser Vertrag für einzelne Industriezweige enthält, nur eine Folge der deutschen Hochschuhzollpolitik, welche andere Länder geradezu zwinge, dem von uns gegebenen Beispiel zu folgen. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß unter den obwalenden Umständen kaum günstigere Bedingungen zu erreichen sind und daß dieser Handelsvertrag immer noch besser ist als ein Krieg. Die Abstimmung ergab ein merkwürdiges Bild. Die Sozialdemokraten stimmten mit den Konservativen geschlossen für den Vertrag, während sich die anderen Parteien spalteten. Die Annahme erfolgte mit einer kleinen Mehrheit. Das Handelsübereinkommen mit Amerika wurde später vom Reichstag einstimmig gutgeheissen.

Bei der Beratung des Gesetzes des Reichstages wurden die Wünsche nach Verbesserung der Geschäftsordnung wieder laut, die in den ereigneten Novembertagen des Jahres 1908 eine so große Rolle gespielt hatten, inzwischen aber in der Kommission begraben wurden. Es handelt sich dabei besonders um das Recht, im Anschluß an Interpellationsdebatten Anträge zu stellen. Ferner wurde für die Abgeordneten das Recht der Freischrift auf den Eisenbahnen, das sie jetzt nur während der Sitzungsperiode besitzen, für die Dauer der ganzen Legislaturperiode verlangt; auch eine Abänderung des Dienstgesetzes wurde gefordert. Gegen die Verbesserung der Geschäftsordnung sprachen sich nur die Konservativen aus, die grundsätzlich gegen jede Machtverweiterung des Parlaments sind. Die Anträge wurden schließlich der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Ob sich aber die Hoffnung, die verschiedentlich geäußert wurde, daß diesmal aus den Beratungen etwas herauskommt, erfüllt, ist zum mindesten noch zweifelhaft.

Die christlichen Gewerkschaften und der preußische Wahlrechtswahl. Der christliche „Holzarbeiter“ hat sich fürzlich zur Frage des preußischen Landtagswahlrechtes geäußert und auf Grund der Tatsache, daß ein sozialdemokratisches Wahlgeschrieb hat, was der einen Klasse nützt, notwendig der anderen schadet, seiner eigenen Meinung in folgender Weise Ausdruck gegeben:

„Die herrschenden Gewalten müssten ja ein Duumvirat haben, wenn sie in eine Vereidigung des Wahlrechtes einwilligen aus dem Grunde, weil es die Sozialdemokratie so haben will.“

Man könnte annehmen, daß dem Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, bei dem Streben, sich an dem sozialdemokratischen Blatt zu reiben, ein Kapuz unterlaufen wäre. Die Angehörigen der christlichen Gewerkschaften haben doch unter der preußischen Dreiklassenwahl nicht minder zu leiden als die übrigen Arbeiter; man sollte daher erwarten dürfen, daß auch die christlichen Arbeiter für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Preußen wären. Diese Auffassung ist aber irrig. Der christliche „Holzarbeiter“ kommt in seiner Nr. 5 auf die Angelegenheit zurück und belehrt sich ausdrücklich zu dem oben zitierten Satz, wenn er auch zugibt, daß „wohl kaum ein christlicher Gewerkschafter vorhanden sein wird, der der Beibehaltung des heute geltenden preußischen Landtagswahlrechtes das Wort redet“.

Diese Wendung ist ein jesuitischer Kniff, auf den nur recht naive Gemüter hereinfallen können. Die Haltung des christlichen Gewerkschaftsorgans wird jedoch sofort verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die christlichen Gewerkschaften Bevölkerungswerte sind, und daß ihre Organe im Interesse des Zentrums wirken müssen. Das Zentrum ist aber mit den oszobischen Schnapsjunkten so innig verbündet, daß es ihnen zu Liebe eine gründliche Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechtes nicht zulassen wird. Gewiß führt das Zentrum mitunter recht radikale Phrasen im Munde und es wird auch Anträge zur Reform des preußischen Wahlrechtes stellen; aber es wird unter allen Umständen dafür sorgen, daß eine wirkliche Reform nicht zustande kommt. Der christliche „Holzarbeiter“ gibt sich jetzt schon dazu her, dem Volksvertret des Zentrums die Wege zu ebnen.

Dem Blatt ist daher auch die Genugtuung zuteil geworden, von der konservativen „Kreuzzeitung“ zustimmen zuläßt zu werden, welche die Worte des christlichen „Holzarbeiter“ der bringenden Beachtung des Kreisjungen empfiehlt. Das Organ der Ultrareaktionäre meint ganz im Sinne des christlichen Gewerkschaftsblattes: „Darüber, daß dem Gemeinwohl nicht gedient wird, wenn man die politischen Herzenswünsche der Sozialdemokratie erfüllt, dürfte doch wohl ein Zweifel auch auf der bürgerlichen Linke nicht obwalten.“ Neben die Ansichten der „Kreuzzeitung“ in bezug auf das Gemeinwohl brauchen vernünftige Menschen nicht zu diskutieren. Ob es aber dem christlichen „Holzarbeiter“ nicht unheimlich wird, wenn er sieht, in was für eine Gesellschaft er sich begeben hat? Damit, daß er erßt, nicht für die Beibehaltung des lebigen preußischen Wahlrechtes zu sein, ist es nicht gelan. er wird schon deutlicher erläutern müssen, was er an dessen Stelle zu sehen wünscht. Es handelt sich hierbei zwar um eine politische Auseinandersetzung, die nach gewerkschaftlich-christlicher Ansichtung die Gewerkschaften nichts angeht, aber er hat das Thema selbst angeschnitten und wird es deshalb auch fortführen dürfen. Wenn der „Holzarbeiter“ dabei kräftig auf die Sozialdemokraten schimpft, wird ihm wohl Absolution erteilt werden, denn nach dem gewerkschaftlich-christlichen Code ist ja das Schimpfen auf die Sozialdemokratie mit der politischen Neutralität wohl vereinbar.

So wie die Dinge jetzt stehen, ist der Seitenzieb, den der christliche „Holzarbeiter“ den preußischen Wahlrechts-

kämpfern versetzt, keine Dummkopf oder gelegentliche Entgleisung, sondern eine ausgeprägte Bosheit. Der christliche „Holzarbeiter“ will im Sinne des Zentrums den Wahlrechtskampf discreditieren und es ist nicht unwichtig, dies ausdrücklich festzustellen.

Die Schnapsflasche. Die Inhaltsfamilie vom Schnapsgenuss macht infolge der Propaganda, die durch den Beschluss des letzten sozialdemokratischen Parteitages eine wirksame Unterstützung erfahren hat, erfreuliche Fortschritte. Ein besonderes Verdienst im Kampf gegen den Alkohol hat sich der Arbeiter-Abstinenz-Bund erworben, der neuerdings ein erfolgversprechendes Maitationsmittel herausgegeben hat. Es handelt sich um eine Schnapsflasche in Plakatform, welche in farbiger Darstellung zeigt, daß sich der Preis von 1 M., der für einen Liter Schnaps von 33 Pf. Alkoholgehalt gezahlt wird, zusammen mit 8 Pf. (1) Herstellungskosten, 6,3 Pf. Verdienst des Brenners, 36,7 Pf. (1) Steuer inkl. der Neuerhebungskosten, 12 Pf. (1) Liebesgabe und 39 Pf. Verdienste der Händler, Wirt u. sw. Zu beiden Seiten der Flasche ist dann noch in Zahlen und farbigen Säulen gezeigt, daß die 1 M. in Schnaps dem Körper nichts als Spiritus und Wasser, in etwa 5 Liter Milch aber große Mengen an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten verschafft. Das Plakat darf den Schnapsinteressenten wenig Freude bereiten, aber gerade deshalb ist ihm eine weite Verbreitung zu wünschen. Der Karton, der eine Größe von 45×32 Centimeter hat, ist zum Preise von 10 Pf. zu beziehen vom Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bund (J. Michaelis) Berlin S. O. 16, Engelusser 19.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. Februar:

Aachen 20 Pf., Alsfeld 15 Pf., Apolda 30 Pf., Auerstadt 20 Pf., Auerwald 20 Pf., Aue 10 Pf., Auerbach 20 Pf. (ab 12. Februar), Barth 10 Pf., Biesenbach 20 Pf., Blankenburg i. Th. 15 Pf., Brunsbüttel 20 Pf., Buchholz 10 Pf., Bürgel 30 Pf., Bülow 20 Pf., Calbe 10 Pf., Coblenz, 20 Pf., Dannenberg 30 Pf., Eberbach 20 Pf., Elrich 10 Pf., Emmerich 10 Pf., Fördheim 15 Pf., Füssen 10 Pf., Geisbach 20 Pf., Glashau 15 Pf., Grafschaft 10 Pf., Greifenhagen 10 Pf., Großhartmannsdorf 20 Pf., Grimmen 10 Pf., Hörnsdorf 10 Pf., Homberg 25 Pf., Ilmenau 25 Pf., Jöhstadt 5 Pf., Lohsa 10 Pf., Leipzig 15 Pf., Lügendorf 20 Pf., Meldorf 20 Pf., Meine 30 Pf., Neuzeile 15 Pf., Nelenburg 15 Pf., Parchim 15 Pf., Pr. Holland 20 Pf., Riesa 5 Pf., Rohrlack 20 Pf., Rothensee 15 Pf., Schildberg 20 Pf., Schwartau 20 Pf., Schwedt 20 Pf., Seelu 15 Pf., Sonnenberg 20 Pf., Tiefenbrüggen 20 Pf., Spiegelberg 15 Pf., Stollberg 10 Pf., Südingen 10 Pf., Sulzbach 15 Pf., Verden 20 Pf., Wiershausen 20 Pf., Willingen 20 Pf., Wiblingen 25 Pf., Waldenburg 20 Pf., Waldkirch 15 Pf., Walrode 15 Pf., Weimar 30 Pf., Wilhermsdorf 20 Pf. (weil 10 Pf.), Winnenden 15 Pf., Wollenstein 10 Pf., Zella-Mehlis 15 Pf.

Die früher veröffentlichten Lokalbeiträge für die Zahlstellen Brumbach und Triebes gelten ab 1. Februar.

Die frühere Bekanntmachung bezüglich der Beitragsleistung in Blankenese und Wilhelmshaven ist dahin richtig zu stellen, daß von beiden Zahlstellen nicht 70, sondern 80 Pf. Beitrag an die Verbandsklasse abgeführt werden. Weiter ist nachzutragen, daß die Zahlstelle Emden 70 Pf. Beitrag an die Verbandsklasse abführt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung nimmt ist der 7. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren geschiedet und werden hiermit für ungültig erklärt:

90 700 Franz Saleyer, Tischler, geb. 21. 1. 60 zu Gadebichen,  
120 148 Arnold Baumann, Tischler, geb. 1. 12. 72 zu Wittenberg,  
168 638 Friedrich Born, Tischler, geb. 21. 8. 66 zu Schwentin i. M.,  
172 823 Emil Wolf, Tischler, geb. 13. 1. 73 zu Luzern,  
193 775 Adolf Schondelmeier, Schuhher, geb. 14. 6. 80 zu Hornberg,

212 417 Franz Dresler, Modelltischler, geb. 9. 2. 70 zu Leichhütte,  
257 168 Wilhelm Östermann, Tischler, geb. 27. 11. 73 zu Untensien.

280 612 Clemens Lange, Tischler, geb. 14. 7. 67 zu Marien, 351 972 Karl Biele, Tischler, geb. 17. 8. 65 zu Polzin, 361 077 Hermann Rosendaal, Büromännchen, geb. 14. 3. 92 zu Emmerich,

405 394 Hermann Buchholz, Tischler, geb. 9. 8. 81 zu Kroone, 467 508 Adolf Dauer, Tischler, geb. 6. 1. 90 zu Stadtall.

Folgende Beiträge wurden im Monat Januar von unseren Zahlstellen eingezahlt:

Gau Danzig: Elbing 85 M., Goldap 20, Königsberg 14,50, Küstrin 150, Königsberg 850, Marienwerder 25, Malchow 21, Pr. Holland 61, Nassenburg 40, Schlawe 46,20, Stolp 400, Tilsit 80, Trepow 71,40 M.

Gau Silesien: Barth 50 M., Brunsbüttel 85, Bremen 20, Demmin 68,90, Riddagshausen 95, Friedland 125, Golßnow 147,48, Grätz 80, Grafschaft 60, Güstrow 200, Lassan 80, Lößnitz 27, Lübbene 24, Malschin 107,85, Malchow 4, Neubrandenburg 45, Neustrelitz 50, Parchim 80, Pasewalk 50, Stolp 850, Schwielowsee 80, Schönberg 23,61, Schwerin 638,40, Starogard 170, Strelitz 172,70, Teterow 113,02, Niedermünde 45 M.

Gau Breslau: Beuthen 150 M., Brieg 200, Cottbus 482, Gleiwitz 101,30, Görlitz 800, Grünberg 264,20, Gubrau 41, Hermsdorf 150, Hirschberg 100, Kattowitz 150, Kreuzburg 180, Langenbielau 77,50, Langenbries 600, Lauban 84, Liegnitz 1000, Neusalz 50, Riesch 358, Ostrowo 50, Schmiedeberg 89, Striegau 100 M.

**Gau Berlin:** Angermünde 120 Mf., Oberswalde 23,41, Potsdam 88,20, Berlin 4000, Charlottenburg 600, Lübars 60, Forst 450,90, Frankfurt 250, Kreiswalde 150, Friedrichshagen 300, Fürstenberg 925, Fürstenwalde 240, Grünau 500, Hennigsdorf 117,20, Hoyerswerda 95, Jüterbog 123,60, Ketzfelde 185, Königs Wusterhausen 150, Molmar 143,50, Lübben 214,82, Müllau 215,70, Neudamm 140, Rüdersdorf 70, Oberschöneweide 91,10, Potsberg 128,90, Prengeln 100, Prieskau 120, Pritzwalk 50,44, Rathenow 800, Niedorf 1100, Schleiden 155, Schönwalde 211,20, Schmiedt 74, Senftenberg 185,60, Sorau 195, Spremberg 200, Steglitz 240, Strausberg 58,05, Tempel 48,90, Trebbin 160, Vieh 59,88, Weißensee 1400, Wittenberge 150, Wriezen 106, Zehdenick 10, Zossen 80 Mf.

**Gau Dresden:** Brand 90 Mf., Coswig 71, Cunnersdorf 120, Dippoldiswalde 182,55, Döbeln 150, Übersbach 200, Freiberg 87,50, Gerningswalde 500, Glashütte 170, Großenhain 112,05, Großröhrsdorf 298,15, Gröba 120, Schönau 45,83, Grünhainichen 25, Hartha 400, Leubsdorf 150, Liebenwerda 99,70, Löbau 202,45, Meißen 700, Neugersdorf 150, Neuhausen 88,10, Nadeberg 200, Rabenburg 80,10, Niesa 200, Schmöckwitz 178,25, Schweizershain 100, Stolpen 60, Waldheim 600, Wildau 298 Mf.

**Gau Leipzig:** Adorf 80 Mf., Auerbach 203, Borna 400, Braunsbach 21,80, Buchholz 70, Chemnitz 1000, Grimma 800, Döbeln 248,50, Eisenberg 800, Eisenberg 830, Leithain 80, Oelsnitz 124,40, Gößnitz 850, Greiz 200, Grimma 50, Jöhstadt 808,70, Johanngeorgenstadt 500, Klingenthal 200, Leppersdorf 71,80, Limbach 70, Marktredwitz 80,10, Markranstädt 80, Meuselwitz 100,85, Meuselwitz 100, Meuselstädt 50, Oelsnitz 140,15, Plauen 400, Plaschau 100, Reichenbach 207, Ronneburg 45, Schleinitz 210,80, Schleis 100, Schmöckwitz 110, Schönheide 100, Thalheim 25, Trenn 100, Werda 200, Willau 200, Zehlitz 105,85, Zwickau 575 Mf.

**Gau Erfurt:** Apolda 185 Mf., Crailsheim 45, Blaustein 28,61, Fleischerode 28,80, Großerode 22, Giersdorf 615,77, Coburg 300, Döbeln 100, Eisenach 800, Eschwege 25,20, Frankenhausen 400, Gotha 500, Gräfenroda 100, Hermsdorf 70, Hildburghausen 20, Kahla 60, Melkendorf 124, Langensalza 100, Lauterberg 200, Meuselwitz 175, Nordhausen 400, Oschersleben 7,20, Rudolstadt 170, Schleizheim 31,60, Sonneberg 100, Triptis 14,22, Waltershausen 145, Wasungen 57,90, Weimar 800, Wehlensteins 100 Mf.

**Gau Magdeburg:** Eichsfeld 165 Mf., Elsterfeld 100, Calbe 45, Cöthen 250, Coswig 871,40, Delitzsch 20, Eisleben 100, Gardelegen 100, Goslar 220, Götzen 40, Helmstedt 200, Hettstedt 20, Meinhardisleben 104,60, Osterburg 70, Osterwedder 15, Quedlinburg 109,83, Rosslau 45, Salzwedel 81, Sangerhausen 200, Schönebeck 800, Stendal 600, Tangermünde 86,38, Wittenberg 100, Werder 200 Mf.

**Gau Hamburg:** Altenrade 54,73 Mf., Altona 42,50, Bergedorf 248,64, Blankenese 297,55, Wolfsburg 80, Brunsbüttel 40, Cuxhaven 85,55, Delmenhorst 246,46, Eddersheim 30, Eilemannsleben 180, Eutin 135,53, Flensburg 800, Geesthacht 80, Habersleben 800,90, Hamburg 6000, Harburg 200, Heide 80, Husum 100, Kellinghusen 108,00, Lauenburg 20, Leer 100, Lübeck 500, Marne 144, Neuenburg 100,50, Neustadt 57,10, Norden 67,88, Oldenburg 800, Preetz 45, Seinfeld 52,60, Rendsburg 150, Scherrebek 88, Schleswig 120, Schleswig 80,80, Stade 60, Süderhafen 81, Uetersen 80, Vegesack 800, Winsen 61,88 Mf.

**Gau Hannover:** Alfeld 60 Mf., Bielefeld 800, Bodenfelde 21, Bredebeck 240, Blinde 400, Burgdorf 120, Detmold 180, Einbeck 75,78, Göttingen 150, Herford 800, Hörstel 200, Holzminden 70, Lehrte 110, Lemgo 256,80, Melle 150, Minden 125, Minden 107,20, Münster 400, Nienburg 250, Northeim 28,15, Osnabrück 275, Peine 154,90, Quakenbrück 109,20, Seesen 50, Uelzen 814, Uslar 350 Mf.

**Gau Düsseldorf:** Aachen 100 Mf., Bochum 250, Bonn 100, Castrop 48,80, Dortmund 200, Düren 47,28, Duisburg 200, Eiserfeld 700, Emmerich 48, Euskirchen 60, Gelsenkirchen 200, Gevelsberg 121,67, Gladbeck 87,60, Gummersbach 60, Haan 50, Hagen 800, Hamm 120, Hörde 60, Krefeld 200, Lippstadt 10,50, Mönchengladbach 51,60, Mülheim 20, Münster 100, Oberhausen 73,67, Düsseldorf 248,54, Mönchengladbach 100, Mönchengladbach 210,01, Schwelm 80, Solingen 140, Viersen 207,15, Unna 60, Velbert 50, Wuppertal 200, Wermelskirchen 80,70, Wesel 80, Willen 105,60 Mf.

**Gau Frankfurt:** Aschaffenburg 118,78 Mf., Bacharach 53,17, Bensheim 150, Bubenheim 70,96, Coblenz 200, Eppelborn 125,60, Fischbach 141,30, Frankenthal 200, Frankfurt 10, Großkarben 70, Grünstadt 100,89, Hanau 250, Kaiserslautern 150, Kaiserslautern 150, Kaiserslautern 200, Mainz 50, Neuwied 150, Obertamswald 150, Obergrombach 20, Würzburg 88,04, Weisenhausen 873, Wimpfenheim 100, Saarbrücken 250, Sprendlingen 50, Tamm 50, Bockenheimer 128,90, Weinheim 448,20, Wiesbaden 1000, Wiesloch 100 Mf.

**Gau Nürnberg:** Amberg 180 Mf., Bamberg 800, Bayreuth 300, Burglengenf 23,94, Cham 38,85, Erlangen 200, Fürth 5000, Hersbruck 81,63, Land 150, Mitteltal 88,80, Nürnberg 64, Dachau 63,00, Wappenstein 15,70, Regensburg 320, Neuhau 41,90, Roth 84,85, Rothenburg 150, Scheyern 22,85, Wilhermsdorf 20, Würzburg 481,76, Wunsiedel 67,88 Mf.

**Gau München:** Aibling 80 Mf., Berchtesgaden 80, Bad Tölz 159,50, Freising 100, Fürstenfeldbruck 30, Garmisch 200, Günzburg 50, Ingolstadt 250, Kirchheim 60, Landshut 60, Miesbach 12,80, Miltenberg 180, Münchberg 200, Mühldorf 20, Neufahrn 60, Starzberg 70, Tegernsee 60, Wörthshofen 70 Mf.

**Gau Stuttgart:** Achern 80 Mf., Asperg 28,20, Balingen 45,70, Beilngheim 91,50, Bietigheim 50, Bruchsal 102, Daimler 75, Durlach 303,50, Emmendingen 30, Esslingen 200, Feuerbach 100, Freiburg 800, Gurlitz 250, Hagnau 107,15, Gaildorf 72,38, Geislingen 46,40, Goppingen 61, Hall 40, Hedingen 81, Heldeneck 176,91, Heilbronn 74,85, Holzgerlingen 90,98, Hornberg 50,20, Karlsruhe 200, Kirchheim 188,10, Konstanz 158,10, Lauffen 170, Laupheim 78, Leutkirch 75, Leutkirch 15, Leutkirch 31, Lörrach 80, Ludwigsburg 87,50, Markbach 800, Mehlingen 61,88, Mühlheim 63,53, Mühlhausen 200, Neckarsulm 111,80, Müllingen 70,90, Offenburg 85, Oos 119,82, Radolfzell 80, Rastatt 102, Reichenbach 10, Reutlingen 69,88, Schramberg 180, Singen 60, Spaichingen 27,88, Staufen 40, Straßburg 200, Stuttgart 422,60, Tübingen 100, Tuttlingen 65, Ulm 200, Villingen 180,50, Würzburg 100, Würzburg 65, Würzburg 200, Würzburg 180,50,

Willingen 107,20, Waiblingen 82,46, Waldbach 72,50, Waldburg 40, Wangen 27, Wernsheim 40, Winnenden 77,70 Mf. Die Revisorien und Verwaltungen werden erachtet, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an und zu berichten.

Nur solche Verträge sind quittiert, welche bis 31. Januar in Händen des Kassierers waren. Verträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren, (Almanach, Fachblatt, Jahrbücher usw.) sind in dieser Quittung nicht enthalten.

### Berlin C. 2. Neue Friedrichstraße 2. Der Verbandsvorstand.

#### Korrespondenzen.

**Ausbach:** Trotzdem noch recht schlechte Zustände in der Oechterschen Werkstatt befinden sich der Besitzer immer und überall als der herzensgute, humane Herr auf. Als er in letzter Zeit den Titel Kommerzienrat erhielt, wurden dem Wohlträger seines Betriebes 10000 Mf. überwiesen und zur Verschönerung der Stadt Ausbach die gleiche Summe gestellt. Es würde ja niemand etwas dagegen einzuwenden haben, wenn es nicht auf Kosten der Arbeiter geschehen würde. Herr Oechters hätte mehr Veranlassung, seinen Arbeitern einen halbwegen auskömmlichen Lohn zu bezahlen, als in der Öffentlichkeit als großer Wohlträger zu prunkten. Ein Teil der Arbeiterschaft seines Betriebes hat bereits eingesehen, dass ihnen mit Geschenken nicht gedient ist, sie haben sich der Organisation zugewandt, um eine bessere Existenz zu erkämpfen. Um die frechen Kerle niederzuhalten, wurde ein Ingenieur angestellt, der selbe hat sein Hauptaugenmerk auf die Stammfabrik gerichtet. Gewöhnliche Abzüge an den Astochäfen, wie sie seine Vorgänger, gewöhnliche Meister, ausgeführt haben, sind ihm jedenfalls nicht recht geheuer vorgekommen, weil dadurch ein zu großer Teil der Arbeiter rebellisch wird. Durch diese Abzüge wurde bewirkt, dass die Stammacher sehr intensiv arbeiten müssen und infolgedessen das schlechte Material, das zur Bearbeitung gelangt, nicht genügend sortieren können. Hier ist nun der Punkt für den neuen Antreiber. Die "mutwillig" zerbrochenen Kämme (wie großmütig) sollen vom Verdienst des Arbeiters abgezogen werden. Tatsächlich sind einem Arbeiter von einem Posten von 500 Stück 170 als schlecht abgerechnet worden. Also nicht genug, dass sich der Arbeiter mit schlechtem Material mehr abrackern muss, hat er noch dabei direkten Nachteil am Lohn. Will sich dann ein Arbeiter beschweren, so heißt es, wenn er nicht im Auftrag aller Arbeiter seiner Werkstatt kommt, wird er sofort entlassen. Als bei der letzten Lohnbewegung eine Kommission der Arbeiter vorstellig wurde, erklärte der Fabrikant, dass er nur mit dem einzelnen Arbeiter unterhandeln will. Es wird also verlangt, wie es oben gerade passt. Wie immer auf Kosten der Arbeiter gespart wird, kann man auch an der Heizung sparen. Es dürfen einfach nicht mehr so viel Kohlen gebraucht werden, wenn auch die Frauen im Badraum und diejenigen, die körperlich nicht so sehr angestrengt sind, frieren, dass ihnen die Bähne klappen, wenn nur der Profit des Fabrikanten gewahrt ist. Deshalb ist es Pflicht jedes organisierten Kollegen, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis alle Oechterschen Arbeiter einschenken gelernt haben, wie sie ausgebootet und hinter Licht geführt werden. Kollegen, ihr müsst es so weit bringen wie die Arbeiter bei der Firma Probst in Nürnberg, dort müsste dieser Herr Ingenieur den Arbeitern auch ein menschenwürdiges Dasein gönnen. Die Stammacher an anderen Orten tun gut, diesen Betrieb so lange zu meiden, bis bessere Verhältnisse geschaffen sind.

**Gau Hamburg:** Altenrade 54,73 Mf., Altona 42,50, Bergedorf 248,64, Blankenese 297,55, Wolfsburg 80, Brunsbüttel 40, Cuxhaven 85,55, Delmenhorst 246,46, Eddersheim 30, Eilemannsleben 180, Eutin 135,53, Flensburg 800, Geesthacht 80, Habersleben 800,90, Hamburg 6000, Harburg 200, Heide 80, Husum 100, Kellinghusen 108,00, Lauenburg 20, Leer 100, Lübeck 500, Marne 144, Neuenburg 100,50, Neustadt 57,10, Norden 67,88, Oldenburg 800, Preetz 45, Seinfeld 52,60, Rendsburg 150, Scherrebek 88, Schleswig 120, Schleswig 80,80, Stade 60, Süderhafen 81, Uetersen 80, Vegesack 800, Winsen 61,88 Mf.

**Gau Hannover:** Alfeld 60 Mf., Bielefeld 800, Bodenfelde 21, Bredebeck 240, Blinde 400, Burgdorf 120, Detmold 180, Einbeck 75,78, Göttingen 150, Herford 800, Hörstel 200, Holzminden 70, Lehrte 110, Lemgo 256,80, Melle 150, Minden 125, Minden 107,20, Münster 400, Nienburg 250, Northeim 28,15, Osnabrück 275, Peine 154,90, Quakenbrück 109,20, Seesen 50, Uelzen 814, Uslar 350 Mf.

**Gau Frankfurt:** Aschaffenburg 118,78 Mf., Bacharach 53,17, Bensheim 150, Bubenheim 70,96, Coblenz 200, Eppelborn 125,60, Fischbach 141,30, Frankenthal 200, Frankfurt 10, Großkarben 70, Grünstadt 100,89, Hanau 250, Kaiserslautern 150, Kaiserslautern 150, Kaiserslautern 200, Mainz 50, Neuwied 150, Obertamswald 150, Obergrombach 20, Würzburg 88,04, Weisenhausen 873, Wimpfenheim 100, Saarbrücken 250, Sprendlingen 50, Tamm 50, Bockenheimer 128,90, Weinheim 448,20, Wiesbaden 1000, Wiesloch 100 Mf.

**Gau München:** Aibling 80 Mf., Berchtesgaden 80, Bad Tölz 159,50, Freising 100, Fürstenfeldbruck 30, Garmisch 200, Günzburg 50, Ingolstadt 250, Kirchheim 60, Landshut 60, Miesbach 12,80, Miltenberg 180, Münchberg 200, Mühldorf 20, Neufahrn 60, Starzberg 70, Tegernsee 60, Wörthshofen 70 Mf.

macht dieses Vorlommnis auch dem leichten Arbeiter klar, dass es nur ein hüben was ein Drüben gibt und dass in wirtschaftlichen Fragen die Religion ganz Nebensache ist. Erst dann, wenn die Arbeiterschaft dies voll erkannt und auch der lebte Kollege und die lebte Kollegin den Weg zur Organisation gefunden hat, erst dann wird es auch hier besser werden.

**Glas.** In den meisten Werkstätten herrschen hier noch recht eigenartige Zustände. Kommt es doch selbst in größeren Betrieben vor, dass über abgelieferte Aufträge abgerechnet wird. Ein wöchentliches Lohngeld von 0 Mf. für ledige und 15 Mf. oder selbst noch weniger für verheiratete Kollegen muss nach Ansicht manchen Brüder genügen. Leider gibt es aber einen grossen Teil Kollegen, die es sich zur Ehre anrechnen, dadurch einen Sparpfennig beim Meister zu wissen, wenn sie selbst auch Schulden machen müssen, um notwendige Auswendungen für die Familie bestreiten zu können. Dazu sind auch die Stundenlöhne in den neueren Fabriken noch recht niedrig. In der Möbelfabrik und Buntstichlerei Loewen u. Schäffer geht es seit der Zeit, wo infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise der "Weitegeiger" auch über unseren Bergen freiste, rapide abwärts. Fortwährend wurden Versuche gemacht, die ohnehin niedrigen Löhne und Auftragspreise zu kürzen. Dadurch hat es der Umhaber, Herr Loewen, schließlich fertig gebracht, nicht nur seinen Stammpersonal einzurichten, sondern aus seinem Betrieb einen "Taubenstich" zu machen. Seit Pfingsten vorigen Jahres bis heute sind wohl an 60 Kollegen in diesem Betrieb aus und eingegangen. So wird jetzt im Winter für ein vierflügeliges Fenster 80 Mf. weniger bezahlt als vorher. Einem Kollegen wurde zugemutet, zweiflügelige Rahmenfenster für den horrenden Auftragspreis von sage und schreibe 1 Mf. pro Stück herzustellen. Ein tüchtiger Arbeiter würde mindestens 2,80 bis 2,50 Mf. erhalten müssen, da das Buschneiden und die Bearbeitung des Holzes an den Maschinen jeder selbst besorgen muss. Aber auch in bezug auf Behandlung der Kollegen herrschen idyllische Zustände. Der Werkmeister Wenz huldigt dem Grundsatz: "Wer sich nicht fliegt, der fliegt!" Die Kollegen anderer Orte werden wohl kein so großes Verlangen haben und zu Hunderten unsern paradiesischen Ort Glas besuchen.

**Zisterburg.** Am 1. Februar fand hier eine Holzarbeiterversammlung statt, an welcher von den am Ort in Frage kommenden 180 Kollegen circa 80 teilnahmen. Kollege Siegfried sprach über den bevorstehenden Lohnkampf im deutschen Holzgewerbe. In der Diskussion wurde das Verhalten des Verbandes in der gegenwärtigen Situation allgemein anerkannt. Es wurden auch die Wohlstände am hiesigen Ort eingehender beleuchtet. Löhne von 12 bis 15 Mf. pro Woche bei zehnstündiger Arbeitszeit sind keine Seltenheit. Die Auftragspreise stehen besonders im Raum niedriger als in den umliegenden Städten. Nicht erfreulich ist, dass wir in dieser Versammlung wieder eine erhebliche Mitgliederzunahme konstatieren konnten. Hält diese an, so werden wir auch hier einmal an die Besserung der Verhältnisse denken können.

**Köln.** Unsere Zahlstelle hielt am 30. Januar ihre Jahresversammlung ab, in der der Geschäfts- und Massenbericht erstattet wurde. Aus dem Geschäftsbüro ging heraus, dass sich der Arbeiter in Köln ein sehr schlechtes Jahr hinter sich hat. Die Arbeitslosigkeit war noch abnorm groß. Mit Ausnahme eines dreitägigen Wiederstreits in der Küchenmöbelfabrik Melmann, der zu Gunsten der Kollegen verlaufen ist, fanden Lohnkämpfe nicht statt. In der Isselmannschen Modellfabrik mit 14 Beschäftigten fand eine Angriffslohnbewegung statt, welche ohne Arbeitseinstellung ebenfalls zugunsten der Kollegen durchgeführt wurde. Bei der Neuwahl wurde Kollege J. Steffens zum Vorsitzenden gewählt. Es wurde dann noch auf den Stand der Tarifbewegung hingewiesen und den Kollegen zur Pflicht gemacht, wenn Überarbeitszeit verlangt wird, dieses sofort dem Bureau zu melden.

**(Vergolder.)** In der am 24. Januar abgehaltenen Sektionsversammlung, welche sehr gut besucht war, hielt der Vorsitzende der Zahlstelle, Kollege Steffens, einen Vortrag über: "Die neue Reichsversicherungsordnung". Hierauf gab der Sektionsleiter, Kollege Kuckling, den Jahresbericht, in welchem er dann auch auf unsere Zentralkommission zu sprechen kam. Er war der Meinung, dass die Zentralkommission doch dem schon lange geäußerten Wunsche der Kölner Kollegen entsprechen möchte und wenigstens vierstündiglich einen Situationsbericht nicht nur von Berlin, sondern von allen in Frage kommenden Zahlstellen bringen möge. Bei der hierauf folgenden Ne

herrschend, doch ist versprochen, daß als Abschlag 45 Pf. die Stunde gezahlt wird.

(Modelltischler.) In einer zahlreich besuchten Versammlung wurde die Gründung einer Sektion vollzogen. Die Kollegen werden gebeten, bei etwaigen Anfragen sich an den Sektionsleiter Fr. Eßer, Mündenstraße 5, zu wenden.

Münden. (Für siebenmacher.) Die Sektion hieß am 8. Januar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Ausschusses ging hervor, daß sich trotz des schlechten Geschäftsjahres, der uns sechs Monate lang eine täglich um zwei Stunden gefürzte Arbeitszeit brachte, die Mitgliederzahl doch um 43 vermehrt hat und damit auf 495 gestiegen ist. Bei der Neuwahl des Ausschusses wurde Kollege Hobst wieder einstimmig als Vorsitzender gewählt. Zur Beitragsverhöhung führte Kollege Plentiger den Kollegen die jewige Situation vor Augen. Da auch die Wüstenmacher vor dem Abschluß ihres Tarifes stehen, ist es um so mehr auch ihre Pflicht, den Kriegsfonds stärker zu helfen. Mehrere Kollegen sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Die Kollegen stimmen einstimmig der Beitragsverhöhung auf 1 Pf. zu.

Muskau. Aus unserer Zahlstelle ist in der Regel wenig Erfreuliches zu berichten. Als im Juli 1908 die Firma Blauchmidt in Konkurs geriet, wurden eine Anzahl Kollegen arbeitslos, die bis heute, nach 1½ Jahren, den ihnen aus der Konkursmasse zustehenden Lohn für die Kündigungsfrist noch nicht erhalten haben. Das Verfahren ist noch nicht erledigt, da können die Arbeiter ja warten. Die Bauteichlerei Staats arbeitet statt früher mit 32 jetzt noch mit 2 Kollegen. In diesem Betriebe traten im Juli 1908 alle Arbeiter bis auf zwei zur Abwehr angedrohter Lohnkürzungen in den Ausstand. Hat der zweitjährige Streit auch zwei Kollegen und der Frau eines dritten je acht Tage Gefängnis wegen Belehrung der anstammenden Arbeitswilligen gebracht, so wird auch Herr Staats seines "Sieges" kaum froh geworden sein. Ganze Lieferungen von der Arbeit seiner Streibbrecher hat man ihm zum Ausfallen zurückgesandt. Die Kollegen aber haben andere Arbeit gefunden. Mögen sich nun aber auch künftig alle Kollegen an den Versammlungen beteiligen, die stets am zweiten und vierten Sonnabend des Monats stattfinden.

Miesbach. Eine teure Rechtsbelehrung hat sich der hiesige Tischler- und Böttchermeister Adam vor dem Amtsgericht verschafft. Adam entstieß im Dezember plötzlich fünf Kollegen, angeblich wegen Arbeitsmangels. Mangels einer Vereinbarung galt aber hier die gesetzliche 14-tägige Kündigungsfrist, von der Meister Adam aber nichts wissen wollte. Auf erhobene Klage ließ er die drei noch am Orte weisenden Kollegen die zweite der Kündigungswochen abarbeiten. Da er aber nun nicht nur die erste während der Klage ungearbeitet verstrichene Woche nicht bezahlen wollte, sondern noch seine Rechtsanwaltskosten vom Lohn abzog, mußte wieder zur Klage geschritten werden. Im Termin am 21. Januar gingen dann unsere Kollegen auf einen Vergleich ein, wonach Meister Adam ihnen 17 bzw. 8 Pf. zahlt und die Kosten des Rechtsstreites trägt. Herr M. behauptete vor Gericht ganz ernsthaft, daß er doch die Arbeitszeit festsetzen könne, wie er es wolle. Er durfte nun eines Besseren belehrt sein.

Olbenburg. (Für bormacher.) Da in der nächsten Zeit von der Firma G. Fidic wohl Arbeitskräfte gesucht werden, so empfehlen wir allen Kollegen, die gewillt sind, bei dieser Firma in Arbeit zu treten, sich vorher bei der Lokalverwaltung über die Verhältnisse auf dieser Werkstätte Auflklärung zu holen. In der letzten Woche wurden in diesem Betriebe drei befreite Kollegen entlassen, die schon 7 bis 10 Jahre dort beschäftigt sind. Nach dem Grund der Entlassung gefragt, erklärte Fidic, daß er auf seiner Werkstätte machen könne, was er wolle und sich von niemanden hereinreden lässe. Die Entlassung ist aber auf Betreiben eines Kollegen erfolgt, der im Verdacht steht, beim Arbeitgeber den Ueberträger zu spielen. Die nächste Versammlung wird sich mit diesem Fall beschäftigen.

Nothenburg o. d. T. In einer am 29. Januar stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Stein-Nürnberg ein Referat über: "Die Tarifbewegung in der Holzindustrie und die Notwendigkeit der Organisation". Die hierauf folgende Stellungnahme zur Erhöhung des Beitrags hat bewiesen, daß die Kollegen die an sie gerichteten Worte, sowie überhaupt den Ernst der Situation begriffen haben. Mit Rücksicht auf die am Orte für den größten Teil der Kollegen noch sehr ungünstigen Lohnverhältnisse wurde beschlossen, den Beitrag auf 65 Pf. zu erhöhen. Immerhin kann aus diesem Beschlusse mit Freuden konstatiert werden, daß die Arbeiter auch hier auf dem Standpunkt stehen, daß es besser ist, ein kleines Opfer für die Organisation zu bringen, als sich fortgefeiert von den Unternehmern mit Lohnabzügen beglücken zu lassen.

Wunsiedel. Hier läßt die Beteiligung der Kollegen am Verbandsleben zu wünschen übrig; in selbem Maße allerdings auch die Arbeitsverhältnisse. Um sich über diese zu beschreiten, dazu ist der Platz in den Versammlungen da. Unsere Generalversammlung mit besonders wichtiger Tarifordnung findet am 12. Februar statt. Mögen deshalb die Kollegen dort zur Stelle sein.

#### Aufser Lohnbewegung.

**Besserungen der Arbeitsbedingungen am 12. Februar 1910.** An der Spitze der heutigen Nummer sind die Orte bekanntgegeben, in welchen auf Grund der mit dem Arbeitgeberschutzverband abgeschlossenen Verträge am 12. Februar 1910 Besserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft treten. Diese Liste ist noch zu ergänzen durch die nachbeschriebenen Orte, wo der Arbeitgeberschutzverband an dem Vertrag nicht beteiligt ist:

Braunschweig, Möbelfabrik Joh. Ahlers: Es erfolgt eine Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde; der Durchschnittslohn steigt auf 51 Pf.

Magdeburg, Polstermöbelfabrik Karl Wadeit: Die Arbeitszeit wird von 51 auf 53 Stunden herabgesetzt, der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht. Der Mindestlohn steigt von 50 auf 52 Pf.

In Münzen i. W. sind die Differenzen in der Westfälischen Möbelfabrik von Reichwald erledigt. Die Kollegen hatten die Kündigung eingereicht, als Herr Reichwald immer noch nicht an den Ernst der Situation glauben wollte. Das half. Herr Reichwald erkannte den von den Kollegen aufgestellten Altordtarif an, ebenso die übrigen Wünsche der Kollegen. Als Abschluß des Ganzen wurde ein Vertrag bis zum 1. Februar 1912 abgeschlossen, der außer den genannten Zugeständnissen ab 1. Januar 1911 eine Arbeitszeitverkürzung für die Kollegen von pro Tag einer halben Stunde und eine Lohnerschöhung an demselben Tage von 5 Proz. vor sieht.

In Höxter dauert die Aussperrung nun schon dreizehn Wochen, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Die Arbeitgeber versuchen durch lange Mittel in den Volksblättern die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Dabei wird versucht, die wahren Ursachen der Aussperrung zu verbuscheln und den Arbeitern alle Schuld aufzuhallen. Angeblich können die armen Unternehmer bei den seitherigen Altordpressen nicht mehr konkurrenzieren. Diese Darstellungen der Unternehmer sind nun auch unsererseits in der gleichen Weise beantwortet worden. Wenn die Fabrikanten glauben, durch ihr Vorgehen einen Heil in die Reihe der Streikenden treiben zu können, so irreten sie sich sehr.

In Oeynhausen sind Lohndifferenzen bei der Firma Oleksh und Steinmacher ausgebrochen. Diese hatte am 5. Januar 15 Proz. Abzug auf siehere Einrichtungen angekündigt. Auf Vorstellungen der Werkstattkommission wurde den Arbeitern eine Nebenzeit zugestellt. Nicht wenig erstaunt waren nun aber unsere Kollegen, als sie sah in ihren Lohnbüchern den Abzug bereits durchgeführt waren, ohne daß inzwischen irgendein Vereinkommen getroffen war. Die Firma erklärte nun, sich auf nichts einzulassen, sie könne Tischler genug bekommen, auch die Kleinmeister würden ihr ausstellen. Den Abzug glaubten die Inhaber damit zu rechtfertigen, daß einzelne Kollegen in zwei Wochen 60 Pf. verdient haben; denn ist aber entgegenzuhalten, daß viele in gleicher Zeit nur 40 bis 48 Pf. andere sogar bis herab zu 20 Pf. hatten. Die Tischler haben nun beschlossen, den Abzug abzulehnen und reichten daraufhin ihre Kündigung ein; die Maschinendarbeiter erklärt sich solidarisch. In Beitracht kommen 47 Kollegen, die mit einer Ausnahme unserem Verband angehören. Wir bitten den Zugang fernzuhalten.

In Warmbrunn i. Sachsen hat es in der Gräßlich Schaffgotschen Möbelfabrik wieder einmal Differenzen gegeben. Die schlechte Behandlung der Arbeiter durch den Direktor Werten war die Ursache einer vierjährigen Arbeitseinstellung. Wenn wir hören, daß dieser Herr sich sogar täglich an alten im Betrieb grau gewordenen Arbeitern vergreift hat und auch sein sonstiges Verhalten in der Fabrik so sein soll, wie das sonst nur in Viehhäusern üblich ist, so läßt dies auf einen Stand dieses Herrn schließen, welcher ihn höchst ungeeignet als Leiter eines großen Betriebes erscheinen läßt. Die Kollegen haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen vom Grafen genügende Sicherheit gegen die Misshandlung des Herrn Direktors gegeben worden war.

#### Ausland.

In Horgen am Zürichsee dauert der Streit der A.G. Möbelfabrik fort. Um Streibbrecher zu werben, ist der Direktor nach Deutschland gereist. Nach achttägiger Abwesenheit kam er allein zurück; er will aber in der Rhein gegen einen Transport Streibbrecher auf Abruf bestellt haben, die in nächster Zeit eintreffen sollen. Wenn sie kommen sollen, dann dürfen sie auf einen würdigen Empfang rechnen. Die Streitenden richten an die deutschen Kollegen das Erbauen, den Zugang zu verhindern und auf die Werbegaganten ein wachsames Auge zu haben. Mitteilungen sind zu richten an das Streitkomitee im "Gasthof zum Schwanen" in Horgen, Stanton Zürich.

#### Aus der Holzindustrie.

**Jahresberichte der Zahlstellen.** Die größeren Zahlstellen unseres Verbandes gehen immer mehr dazu über, gedruckte Jahresberichte herauszugeben. Dieser Brauch ist, wenn in den, in dem Bericht behandelten Themenbereich nüchtern geblieben wird, recht lobenswert. Nicht nur, daß dadurch den Mitgliedern Gelegenheit geboten wird, sich mit dem Wirken der Organisation besser vertraut zu machen, als das bei dem Anhören des nur mündlich in der Generalversammlung vorgebrachten Berichtes möglich ist; diese gedruckten Berichte bilden zugleich Urkunden, die noch in späteren Zeiten Ausschluß geben über das Leben und Treiben im Verband und die Fortschritte, welche im Laufe der Zeit dank der Organisationsaktivität erzielt wurden. Sie werden dem Geschichtsschreiber des Verbandes ein wertvolles Material bieten.

Vor uns liegen die Jahresberichte der Zahlstellen Köln und Bielefeld für das Jahr 1909. Der Kölnner Bericht betont einleitend, daß die Hebung der Konjunktur, welche im Laufe des Jahres bestimmt erwartet wurde, ausgeblieben ist. Die Arbeitslosigkeit war sogar zeitweilig größer als im Vorjahr. Erst im letzten Winterjahr machte sich ein Anzeichen der Baumkonjunktur bemerklich, die zu besseren Hoffnungen für das laufende Jahr berechtigt. Der schlechte Geschäftsgang äußerte sich auch in einer starken Finanzsprachnahme der Unterstützungsseinrichtungen. 741 Kollegen erhielten insgesamt 16 998,80 Pf. Arbeitslosenhilfsunterstützung und an 772 Kollegen wurde 28 468,22 Pf. Krankenunterstützung gezahlt. Dazu kommen noch 1117,50 Pf., die 104 ausgesteuerten Kollegen gewährt wurden. Bei solchen schwierigen Verhältnissen ist es doppelt anerkennenswert, daß es der Zahlstelle nicht nur gelang den Mitgliederstand zu erhalten, sondern ihn auch noch um ein kleines zu steigern. Am Schluss des Jahres 1909 zählte die Zahlstelle 1723 Mitglieder gegen 1718 am Schluss des Vorjahrs.

Interessant ist der Briefwechsel zwischen der Zahlstellenverwaltung und dem Arbeitgeberschutzverband anläßlich der schwedenden Tarifbewegung, der im Jahresbericht abgedruckt ist.

In Bielefeld hat sich die Krise ebenfalls recht empfindlich bemerklich gemacht, doch ist dort bereits im Laufe des Jahres eine Besserung der Geschäftslage ein-

getreten. Die Zahl der Mitglieder ist, dank der nachhaltigen Aktion von 980 auf 1004 gestiegen, aber es sind immerhin im Vielesfelder Lohngebiet noch 283 unorganisierte Holzarbeiter vorhanden. Hoffentlich gelingt es, diesen noch Verständnis für den Wert der Organisation beizubringen und ihnen so schmerzhafte Erfahrungen zu erleben, wie sie einige Kollegen der Piano-Fabrik von Th. Mann u. Co. machen müssen. Diese meinten, auf den Verband verzichten zu können, weil sie in dem Betrieb, in dem sie schon 20 Jahre und länger beschäftigt waren, eine ewige Stelle zu haben glaubten. Da begann aber die Firma "Reformen" durchzuführen. Die Kollegen, die zum Teil 25 und 30 Jahre in Lohn gearbeitet hatten, sollten jetzt plötzlich in Alsfeld arbeiten, und zwar zu Lönen, mit denen nicht auszukommen war. Wem es nicht passte, konnte gehen. Ein Teil hegte sich dem Zwang, andere zogen es vor, die vermeintlich ewige Stelle zu verlassen. Ueber die Wirkung des Verbandes sagt der Bericht sehr zutreffend: "Nicht lediglich die äußerlich mehr in Erscheinung tretenden dramatisch bewegten Lohnkämpfe sind ein Zeichen für den fortschreitenden Einfluß der Organisation. Gerade das Wirken der Gewerkschaften während der Krise, die zähe Verteidigung des bisher errungenen bzw. geschädigte Durchführung bestimmter, wenn auch mehr begrenzter Forderungen, legen Zeugnis ab von deren Kraft und Stärke. Viel, sehr viel Mut und Selbstvertrauen verlangen die Beile der wirtschaftlichen Depression von den organisierten Arbeitern. Treue Pflichterfüllung, ehrliches ruhiges Arbeitseinsatz für die Interessen der Kollegen wird stets im hohen Maße dazu beitragen, die Wankelmütigen zu stillen, damit dann die größte Einigkeit erzielt wird. Das es uns gelungen ist, unsere Positionen zu behaupten und hier und da sogar vorwärts zu bringen, das wird dazu beitragen, unsere zukünftigen Kämpfe erfolgreicher zu gestalten."

Die freie Organisation der Tischler Wiens hat ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1908 erst jetzt herausgegeben. Dem Bericht ist eine ausführliche Darstellung der großen Aussperrung beigegeben, die vom 3. Februar bis zum 20. Juli 1908 gedauert hat. Die Organisation hat im Jahre 1908 einen Zuwachs von 808 Mitgliedern erfahren; am Jahresende betrug die Mitgliederzahl 10 086. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1908 245 827,00 Kronen, die Ausgaben 82 106,58 Kronen. — Ueber die Aussperrung der Wiener Tischler haben wir seinerzeit fortlaufend berichtet. Man hat dabei auch in Wien die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer bestrebt waren, die Zahl der Aussperren bedeutend höher erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich war. Während sie von 8000 Aussperren redeten, wurden in Wirklichkeit während der 25 Wochen des Kampfes insgesamt nur 4155 Arbeiter von der Aussperrung erfaßt. In dieser Zahl sind auch die Arbeiter enthalten, die aus anderen Gründen entlassen wurden, aber nach Lage der Dinge ebenfalls unterstützt wurden. Die Höhezahls der gleichzeitigen Unterstützten betrug 3012 Arbeiter; dieser Stand wurde in der dritten Woche des Kampfes erreicht, in den anderen Wochen war er sehr beträchtlich niedriger. Zur Unterstützung der Aussperren wurden 1 017 407,80 Kronen aufgewendet, wovon 418 400 vom österreichischen Holzarbeiterverband beisteuert und 83 083,91 Kronen durch Spenden ausgeschafft wurden. — Zu erwähnen ist noch, daß der Bericht neben einer Reihe von Urkunden, die sich auf den Kampf beziehen, auch einen Abdruck der Verträge und der Preisliste enthält, die zurzeit in Wien gelten.

#### Gewerkschaftliches.

Christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen.

Der Kampf zwischen den "interkonfessionellen" Zentrumsgewerkschaften und den katholischen Streibbrecherorganisationen geht nun weiter. Die "katholischen" mit dem Sit Berlin sind dabei insofern im Vorteil, als sie die, auch von uns fürzlich gitterte Neuerung des Papstes mit Recht in ihrem Sinne ausnutzen. Eine weitere Hilfe ist ihnen nun auch noch vom Erzbischof von Köln geworden, der sich in seinem Hasenbirkensbrief sehr energisch gegen die "Interkonfessionalisierung" ausspricht, die "einzelne der Unsteten" erstreben. Er verwirft es, "daß man möglichst schon den Namen "katholisch" vermieden wissen möchte und statt des manns- und herzhaften Bekennens zu unserem heiligen katholischen Glauben von der sogenannten "christlichen Weltanschauung" spricht". Das sind Worte, die den katholischen Fachabteilungen aus der Seele gesprochen sind, und ihre Verbandsorgane, der Berliner "Arbeiter" sitzen sie mit dem Ausdruck des tiefsen Dankes an die Adresse des Kölnner Erzbischofs. Das Blatt knüpft daran die Versicherung, daß wir, d. h. die Fachabteilungen, "von diesen gegen die Interkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens gerichteten Grundsätzen, die er mit solcher Eindringlichkeit vor aller Öffentlichkeit ausspricht, auch auf gewerkschaftlichem Gebiete keinen Fuß breit abweichen werden".

So sehr der Erzbischof auch für das spezifisch Katholische ins Beug geht, so möchte er doch den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften nicht vor den Kopf stoßen. Das könnte in Abbruch der Bedeutung, welche diese Organisationen gerade in dem Gebiete des Erzbistums Köln besitzen, und im Hinblick auf die Stütze, welche sie dem Zentrum gewähren, das den Kurfürsten so sehr ans Herz gewachsen ist, üble Folgen haben. Deshalb findet er bereitle Worte, um beide Richtungen zum Frieden zu mahnen. Wenn sie sich vorderhand auch noch nicht versöhnen, so sollen sie doch nebeneinander für die gute Sache (nämlich das politische Zentrum) tätig sein und aufhören, sich zu bekämpfen. Dieses freundliche Burendienstes entspringt jedoch nur opportunistischenrücksichten. Wenn es ginge, würde man ja die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften in Grund und Boden verdammen, aber der Papst selbst hat erkannt, daß das nicht überall möglich ist; deshalb hat er in einem Brief an den Kölnner Erzbischof, den dieser gezeigt, erklärt, daß es "Sache der Bischoße sei, je nach-

der Lage der örtlichen Verhältnisse zu beurteilen, ob gemischte oder konfessionelle Vereinigungen am Platze seien". Für die christlichen Gewerkschaften wird es gewiß ein angenehmer Trost sein, daß sie nicht grundsätzlich mit dem großen Bann belegt werden sollen, sondern nur dort, wo der „guten Sache“ dem Zentrum, sein Nachteil daran erwägt.

Der gute Erzbischof von Köln wird mit Vertrübnis erahnen, daß seine Friedensmühungen so gar keinen Erfolg hatten. Das Hauptorgan des „Katholischen“ sieht, wie bereits erwähnt, in dem Hirtenbrief eine Anerkennung für die von seinen Organisationen verfolgte Tendenz. Es versichert, daß es fest davon überzeugt sei, daß der lang ersehnte Friede auch wirklich eintreten müsse, wenn die Grundsätze der Fachabteilungen im katholischen Deutschland auf gewerkschaftlichem Gebiete allgemeine Beachtung finden, wenn sich also die christlichen Gewerkschaften dem „Sih Berlin“ läßlich unterwerfen. Davor wollen jedoch seine durchaus nichts wissen. Im Gegenteil, das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften huldigt in seiner neuesten Nummer dem „Sih Berlin“ verschärfte Feinde an. Es wirft ihm „Wahrheitssündige Hintertreppeverleierung“ vor und erklärt weiter: „In dieser Hinsicht werden wir künftig mit unnothichtlicher Müdigkeitslosigkeit gegen „Sih Berlin“ vorgehen und uns in unseren Maßnahmen durch Einzelne Gewinzel mehr abhalten lassen.“ Ob wohl das „Zentralblatt“ bei dem „Gewinzel“ den Faschinenbrief des Erzbischofs von Köln im Auge hat?

Das führende Organ der christlichen Gewerkschaften beschäftigt sich in seiner neuesten Nummer gleich in mehreren Artikeln mit den katholischen Fachabteilungen. Es untersucht den Mitgliederstand und die Abrechnung des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sih Berlin) und seiner Fachabteilungen und findet da manche Unstimmigkeiten. Es wird darauf hingewiesen, daß über die Mitgliederzahlen des Verbandes keine Klarheit zu schaffen ist; die auf Grund verschiedener Angaben angestellten Berechnungen schwanken zwischen 123 000 und 19 335. Das sind aber die Zahlen der katholischen Arbeitervereine. Die Mitgliederzahl der eigentlichen Fachabteilungen, die Unterorganisationen der Arbeitervereine sind, sind natürlich ganz beträchtlich niedriger. In bezug auf die Mitgliederzahlen meint das „Zentralblatt“: „Sih Berlin“ scheint gute Gründe zu haben, um keine Klarheit aufzumachen zu lassen.“ Auch in den Kassenbericht (es handelt sich um den für 1908) werden starke Zweifel gezeigt. Es heißt in dieser Beziehung: „Es gibt nur eine Möglichkeit: Um Kassenbericht ist von 1907 sind unberechtigte Schiebungen vorgetragen und den Mitgliedern die Wahrheit über die Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben vorerhalten worden.“ Auf die Zahlen selbst brauchen wir nicht einzutreten, denn sie beziehen sich auf die katholischen Arbeitervereine als Ganzes, die als solche nicht den Anspruch erheben, als gewerkschaftliche Organisationen angesehen zu werden.

Von den Fachabteilungen wird berichtet, daß sie auf neue Berufsgruppen verteilen. Auf Grund der Zunahmen, wobei ein durchschnittlicher Wochenbeitrag von 10 Pf. und 44 Beitragswochen pro Jahr zugrunde gelegt werden, gelangt man zu einer Mitgliedszahl von 15 44, wovon über 10 000 den Berg- und Metallarbeiter umfassen dürften. Das sind berechnete Zahlen; positive Angaben über ihre Stärke machen die Fachabteilungen nicht. In bezug auf die Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet, welche Fachabteilungen errungen haben wollen, wird darauf hingewiesen, daß im Protokoll von der letzten Generalversammlung an der einen Stelle von 12, an der anderen von 18 abgeschlossenen Tarifverträgen die Rede ist. Über diese Verträge urteilt das „Zentralblatt“ sehr abprechend. Teils sind sie sehr unbestimmt in den Lohnangaben, erstrecken sich auf sehr wenige, meist unbedeutende Fälle; es sind Gelegenheitsverträge, „die nicht als ein Erfolg eigener Kraft anzusprechen sind. Die Zustellung des Vertrag im Baugewerbe zu Berlin ist der Lohn verbliebene Streikbrecher“.

Es ist eine sehr scharfe Kritik, welche das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften an den katholischen Fachabteilungen übt; wir glauben aber nicht, daß sie unberechtigt ist. Wir halten sogar die christlichen Gewerkschaften für besonders geeignet zur Vornahme solcher Unternehmungen, da sie die Methoden, nach welchen geschwindelt wird, aus eigener Erfahrung ganz genau kennen. Mit großer Freude von unserer Seite ist genug nachgewiesen worden, daß sie in bezug auf die Angaben über den Mitgliederstand, bei der Gruppierung der Zahlen in den Kassenberichten und nicht zum mindesten bei den Erzählungen über angeblich erzielte Erfolge ebenso unabhängiglich schwärmen, wie sie es jetzt ihren guten Freunden gegenüber sotholischen Couleur zum Vorwurf machen. Wenn die Kritik, die das „Zentralblatt“ an der Konkurrenzorganisation übt, ein Zeichen dafür ist, daß man von den sozialen Manövern, die bisher im eigenen Lager geübt wurden, absehen will, dann wäre das zu begrüßen. Zuächst wollen wir abwarten. — Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß das „Zentralblatt“ in seinem Jahresrückblick die Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 auf 15 000 schätzt.

Der Verband der Bäcker und Konditoren unternimmt eine umfassende Agitation gegen den Kost- und Logistik, für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und die Erringung eines wöchentlichen Ruhetages. Aus diesem Maß finden in der nächsten Zeit in allen Verbandsorten fühlliche Versammlungen statt.

Der Bütthauerverband ist an den großen Tarifverhandlungen in diesem Frühjahr zwar nicht direkt beteiligt,

aber für den Fall, daß es zum Kampf kommen sollte, würden seine Mitglieder sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Aus diesem Grunde verfolgt der Verband sowohl die Bewegung in der Holzindustrie als auch im Bauhandwerk mit ganz besonderem Interesse. In der neuesten Nummer der „Bildhauer-Zeitung“ werden die Verwaltungsstellen des Verbandes ermahnt, schleunigst zu der Erhebung eines Extrabeitrages für soziale Zwecke Stellung zu nehmen. Solche Vorbereitungen für den ungünstigsten Fall sind um so nötiger, als die Bildhauer immer noch mit einer gewaltigen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Gegenüber dem Vorjahr ist zwar eine merkliche Besserung eingetreten, aber auch jetzt noch stehen die Bildhauer in bezug auf Arbeitslosigkeit von allen Berufen am ungünstigsten. Auf 100 Mitgliederlage kamen im vierten Quartal 1908 16,5 Arbeitslosentage, im vierten Quartal 1909 waren es immer noch 10,2, während z. B. der Deutsche Holzarbeiterverband zur gleichen Zeit nur mit 1,1 Arbeitslosentagen zu rechnen hatte.

Der Malerverband beruft eine außerordentliche Generalversammlung auf den 21. Februar nach Dresden. Auf der Tagesordnung steht in der Hauptheile nur: „Die Tarifverhandlungen und die Abstimmung über den Reichstarifvertrag“ und „Durchführung des Reichstarifvertrages“. In der Bekanntmachung, in welcher der Verbandsvorstand den außerordentlichen Verbandstag einberuft, wird darauf hingewiesen, daß der Abschluß eines so außerordentlich wichtigen Vertrages, wie es der Tarifvertrag ist, es an sich schon nötig macht, daß die Verbandsleitung sofort den Mitgliedern Rechenschaft ablegt. Es machen sich aber auch in einigen Mitgliederkreisen Sorgen, die einer eingehenden Besprechung durch eine Generalversammlung bedürfen. Mit dieser Wendung sind anscheinend die Vorgänge in der Hamburger Zahnstelle des Malerverbandes gemeint. Die Hamburger sind mit ihren Kollegen in einigen anderen größeren Städten bei der Abstimmung über den Reichstarif in der Minderheit geblieben, und sie fühlten sich durch den Tarif benachteiligt. Diese Stimmung spiegelte sich in einer dort angenommenen Resolution wider, in welcher der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die außerordentliche Generalversammlung den Reichstarif für ungültig erklärt und zugleich ausgesprochen wird, daß es von der Sitzungnahme der Generalversammlung abhängt, ob die Filiale Hamburg in dieser Tariffrage dem Zentralvorstand wird weiter Gefolgschaft leisten können. Diese Wendung befagt, daß man sich in Hamburg mit dem Gedanken trage, eventuell eine Lokalorganisation zu gründen. Ob dieser Gedanke eine Verwirrung erfährt, darf noch beweisst werden. jedenfalls wäre es aus das höchste zu bedauern, wenn die Kürzlichkeit und die Eigenbrödelei einzelner zu einer Verplätzung der Organisation führt in einer Zeit, wo ein starker Zusammenhalt doppelt nötwendig wäre.

Der Schiffszimmerverband hat im Laufe des Jahres 1909 einen Mitgliederrückgang erfahren; er zählte am Jahresende in seinen Zahnstellen 2757 Mitglieder. Auch das finanzielle Ergebnis der Verbandsabrechnung ist nicht günstig, da die Ausgaben die Einnahmen um 2451,50 Mt. überstiegen. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahresende 95 321,38 Mt.

## Unternehmerbewegung.

Schluß nach einem Buchhansgefecht besundet der Vorstand des Arbeitgeberverbands in Köln. In dessen Auftrage hat der Generaldirektor Ernst Lechner alsstellvertretender Vorstand und Paul Steller als Geschäftsführer eine Eingabe an das Reichsamt des Innern gerichtet, in welcher nichts weniger verlangt wird, als ein Verbot des Streikpostenstreiks. Polizeipräsident stets den Unternehmern zu Dienst gewesen ist, wenn er gebeten wurde, die Arbeiter in der Ausübung des Koalitionsrechtes zu stören. Aber die Polizisten sind nicht immer zur Stelle und dann sind unsere Gesetze noch so rückständig, daß sie das Streikpostenstreichen nicht ohne weiteres und grundsätzlich verbieten. Diesem Mangel möchten die kösischen Scharfmacher abghofen wissen. Sie reden deshalb dem Staatssekretär freundlich zu, er möchte doch veranlassen, daß bei der bevorstehenden Revision des Strafgesetzbuches eine Bestimmung aufgenommen wird, welche das Streikpostenstreichen und alles, was damit zusammenhängt, unbedingt verbietet. Um etwa auflauhende Bedenken zu zerstreuen, als ob damit dem Koalitionsrecht der Garant gemacht würde, weisen die liebenswürdigen Herren darauf hin, daß die Arbeiter dann immer noch genügende Gelegenheit hätten, durch mündliche und schriftliche Mitteilungen, durch die Presse, durch Versammlungen, Vereine usw. auf die Entschließungen der Arbeiterschaft einzutreten. Dieses Entgegenkommen der Scharfmacher ist wirklich bewundernswert. Sie wollen den Arbeitern von dem Meister des Koalitionsrechtes nur die Klinge nehmen; das Heft dürfen sie dann ruhig in Händen behalten, denn damit können sie im Kampf dem Gegner keinen wirtschaftlichen Schaden zufügen. Ob diese Wille eine günstige Aufnahme findet, können wir dahin gestellt sein lassen; an Neigung, die Mechte der Arbeiter zu befreien, fehlt es ja bekanntlich in den maßgebenden Stellen nicht. Jedenfalls beweist diese Eingabe wieder, wie hartnäckig das Scharfmachertum seine arbeiterfeindlichen Pläne verfolgt. Für die Arbeiter aber muß das ein Kreuz sein, mehr noch wie seither ihre Position zu stärken, indem sie ihre Gewerkschaften ausbauen.

## Eingesandt.

An die Vertrauensleute der Stoc- und Hammindustrie! Am Dezember ist an die Stocarbeiter und Hammacher, und im Januar an die Hammacher ein Circular unsererseits zum Verstand gekommen, mit dem Erfuchen, bis Ende Januar an uns zu berichten. Auf das DezemberCircular sind erst wenige Antworten eingegangen. Wir ersuchen die Kollegen, nun umgehend unseren Wünschen zu entsprechen. Gleichzeitig bringen wir allen Kollegen der Hammindustrie zur Kenntnis, daß in Berlin ein Arbeitsnach-

weis für die Hammindustrie besteht, daher das Unischaus verboten ist. Ebenso sind aber auch schriftliche Verhandlungen von außerhalb unzulässig, da dadurch die Berliner Kollegen geschädigt werden. Wie die Unternehmer die auswärtigen Kollegen ausüben, ist an folgendem Beispiel zu sehen. Der Fabrikant Bloch, Berlin, Warschauer Straße, entläßt zwei Kollegen wegen Arbeitsmangel, andere müssen aussehen, und aus selben Zeit läßt der Werkmeister zwei Kollegen aus seiner Heimat kommen!

Den Stocarleuten zur Kenntnis, daß aus Bukarest der Unternehmer Abramovic für die Firma Sporlmann u. Rosenbaum dortselbst Stocarbeiter unter schlimmsten Bedingungen sucht, sind aber die Kollegen dort, besieht sie den Schaden. Hierzu schreibt der Vertreter der Österreichischen Bruderkommission: „Unsere Kollegen können über Behandlung, Arbeitszeit, kost nicht genug schimpfen, und die noch in Bukarest sind, können kaum die Zeit erwarten, wo sie nach Ablauf des Kontrakts nach Wien zurückkehren können. Außerdem ist der Arbeiter der Willkür des Unternehmers ausgesetzt, da die Gerichte bei Klagen des Arbeiters gegen Unternehmer regelmäßig versagen.“

Wir warnen die Kollegen, dort Stellung anzunehmen und bitten um Nachricht, wenn Agenten der Firma irgendwo auftauchen.

Mit kollegalem Gruß.  
Die Centralkommission der Stoc- und Hammindustrie.  
J. A. Gul. Hildebrand.

## Agitation unter den Uhrstern- und Pinselmachern.

Doch noch eine rege Agitationsarbeit unter den Kollegen erforderlich ist, beweist die große Zahl der unteren Verhandlungen noch Fernstehenden. Schreiber dieses mußte leider die Beobachtung machen, daß innerhalb zweier Wochen von mindestens einem Dutzend durchreisender Kollegen kein einziger organisiert war. Und gerade in den Werkstätten, wo die traurigsten Verhältnisse existieren, da ist von Organisation keine Spur wahrzunehmen. Da gibt es Kollegen, welche unter den traurigsten Löhnern, Mitglieder von Schützenvereinen und Deutschen Turnvereinen sind, aber vom Verband keine Ahnung haben. Die Seiten sind doch gerade ernst genug, daß ein jeder zu Verstand kommt sollte. Deshalb Kollegen frisch ans Werk, diese Räuber aufzurütteln; es kostet zwar Mühe, aber Ausdauer führt zum Erfolg.

Gretz.

A. Mühl.

## Literarisches.

Die nachdenklichen Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

**Geschichte der deutschen Bäder- und Konditorbewegung.** Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes des Verbandes der Bäder, Konditoren und verwandter Berufsgenossen Deutschlands von O. Allmann. Zwei Bände à 3 Mt.

Das vorliegende Werk ist gewissermaßen eine Sublumenschrift. Am 6. Juni dieses Jahres feiert der Bäder-

verband sein fünfzigjähriges Jubiläum, und dieses Jubiläum brachte den Herausgeber auf den Gedanken, es

durch das Erscheinlassen dieses Geschichtswerks würdig zu begiehen. Allmann hat in einer verhältnismäßig kurzen Zeit — erst zu Anfang des Jahres 1908 hat der Verbandsvorstand die Herausgabe beschlossen — eine tüchtige Arbeit geleistet. Während der zweite Band die eigentliche Geschichte der Organisation der Bäder und der Konditoren bringt, enthält der erste Band einen kulturgeschichtlichen Rückblick auf die Bäder im Altertum und im Mittelalter.

In den folgenden Kapiteln wird die Entwicklung des Bädergewerbes im Mittelalter und in der Kunstzeit geschildert, und schließlich wird eine Darstellung des Bäder- und Konditorgewerbes in seiner heutigen Gestalt gegeben.

Das Werk enthält vieles, was auch den interessiert, der mit dem Bädergewerbe keine näheren Verhüllungspunkte hat. Wir können es insbesondere den Zahnstellenbibliotheken zur Anschaffung empfehlen.

**Hanbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863 bis 1909**, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen à 20 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Birk u. Co., G. m. b. H., München.

Von diesem Werk ist die zweite und dritte Lieferung erschienen. Es behandelt die einzelnen Fragen in legislativer Auordnung, wodurch es eine leichte Übersicht gestaltet. Wenn es abgeschlossen vorliegt, wird es zweifellos eine fühlbare Lücke in der Partieliteratur ausfüllen.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.** Als Heft 22 erschien soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68: „Haut- und Haarsorge“ von Dr. Chojek.

Eine Fülle von Wissen, Tatsachen und Beobachtungen, so ziemlich das ganze Gebiet der Haut- und Haarschönheiten, soweit es dem Leser verständlich ist, steht in dem kleinen Heft. Besonders willkommen wird Lesern und Leserinnen die kritische Besprechung der Mittel zur Haut- und Haarsorge (Wasser, Seife, Fette und Salben, Bäder usw.) sein.

Preis 50 Pf., Vollausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

**„In Freien Stunden“:** Das uns vorliegende Heft 3 bringt die Fortsetzung des spannenden Romans „Die Abendburg“ von Dr. Bruno Wille sowie der interessanten Erzählung aus den französischen Freiheitskriegen „Romana“ von Theodor Müller.

„In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 Pf. Neu hinzutretende Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte noch nachbezahlen.

Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Stoßwareure und Zeitungsverkäufer entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

## Briefkasten.

Stuttgart, S. H. Das Gedicht ist sehr gut gemeint; unsere Stauverhältnisse zwingen uns aber, auf den Abdruck von Gedichten grundsätzlich zu verzichten.

